

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 M., bei Selbstabholung 4.25 M. — Durch die Post bezogen (nur bis 31. März) vierteljährlich 6.80 M., für 1 Monat 2.20 M. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 80 Pfg.).
Postkontonr. Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18088.

Inseratenpreise:
Die 7gespaltene Pettizeile 1.55 M. — Die 7gespaltene Pettizeile mit Platzvorschrift 1.85 M. — Die 7gespaltene Pettizeile Familiennachrichten 1.40 M. Die Reklame-Pettizeile 6.25 M.
Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Sieg der Arbeiterschaft in Berlin!

Rücktritt Noskes und Heines. — Keine Angriffe auf bewaffnete Arbeiter im ganzen Reich. — Einwohnerwehr mit zwei Dritteln organisierter Arbeiter!

Was die Berliner Arbeiter erkämpft haben!

Berlin, 23. März. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Streik wurde für das Reich für beendet erklärt gemeinsam vom Deutschen Gewerkschaftsbund, der Ufa, dem Deutschen Beamtenbund, der Berliner Gewerkschaftskommission, der S. P. D. und der U. S. P., nachdem die Regierung folgende Erklärung abgegeben hatte:

Alle Truppen werden in Berlin, von den Vororten und den Straßen zurückgezogen, mit Ausnahme des Regierungsviertels.

Der Belagerungszustand wird aufgehoben.

Noske und Heine sind zurückgetreten. Auf die bewaffneten Arbeiter wird, insbesondere im Ruhrgebiet, kein Angriff unternommen, im Fall ihrerseits kein Angriff gemacht wird. Es wird mit der Regierung im Ruhrgebiet verhandelt werden; falls die Verhandlungen scheitern, werden die Arbeiterparteien um ihre Vermittlung ersucht werden.

In die Sicherheitswehr werden organisierte Arbeiter, die von den Gewerkschaften auf ihre Zuverlässigkeit geprüft werden, zu zwei Dritteln eingestellt.

Die preussische Regierung wird noch heute mit den Organisationen in Verbindung treten, um die technischen Maßnahmen in die Wege zu leiten.

Diese neun Punkte, die die Gewerkschaften aufgestellt haben, wurden von der sozialdemokratischen Fraktion einstimmig akzeptiert, und die sozialdemokratische Fraktion hat die Verpflichtung übernommen, an keiner Regierung teilzunehmen, die nicht auf dem Boden dieser Forderungen steht. Die U. S. P. D. ihrerseits erklärt, daß sie diese Forderungen als Mindestforderungen betrachtet, deren Durchsetzung sie unterstützen würde, wenn auch ihre eigenen Forderungen darüber hinausgehen. Alle Vertreter der Gewerkschaften erklärten, daß auf Grund dieser Zugeständnisse die Beendigung des Streiks einheitlich und geschlossen erfolgen würde. Der Streik sei unter keinen Umständen länger mit gleicher Wucht fortzuführen, und man müsse sonst mit einem langsamen Abbröckeln rechnen, was unter allen Umständen eine Entmutigung und eine längere Kampfunfähigkeit der Arbeiterschaft zur Folge haben könnte. Würde dagegen der Streik einheitlich von allen Organisationen und den Parteien abgebrochen werden, so sei es möglich, bei Bruch oder Nichterfüllung der Zusage die Arbeiterschaft neuerdings zum Kampfe aufzurufen. Unter diesen Umständen erklärte auch das Zentralkomitee der U. S. P. D. seinen Anschluß an die gemeinsame Beendigung des Streiks, nachdem im Beschluß ausdrücklich festgestellt worden war, daß alle unterzeichneten Arbeiterorganisationen sich verpflichten, die Arbeiter neuerdings zum Kampfe aufzurufen, falls eine der Zusagen nicht erfüllt werden sollte.

Dieser glänzende Sieg der Berliner Proletarier ist für die Arbeiterschaft des ganzen Reichs erspöcklich. Er wendet die Situation zugunsten der Arbeiterklasse und wird auch den gegenwärtigen Herren in Leipzig, den Militärs, zur heilsamen Beschränkung in der Ausnutzung ihres „Siegessratsen“ raten!

Teilweise Arbeitsaufnahme in Berlin.

Berlin, 23. März. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Arbeit wurde gestern nur in einem sehr geringen Teil der Betriebe wieder aufgenommen. Die Gaswerke funktionieren noch nicht, die Zeitungen konnten noch nicht erscheinen. Sier wie bei der Straßenbahn und bei der Hoch- und Unterterrgrundbahn wird der Streik wegen Lohnforderungen fortgesetzt. In der Stadt werden zahlreiche Verächte transportiert von der Bewaffnung einer roten Armee und angeblichen Putzversuchen. Ge-

wisse Kreise sind augenscheinlich eifrig bemüht, in Bolschewisten Schreck zu machen. In den westlichen Vororten wurden viele Flugblätter verbreitet, in denen zum Zusammenstehen gegen die von radikaler Seite drohende Gefahr aufgefordert wird.

Aufhebung der Standgerichte in Berlin.

Berlin, 23. März. Der Reichspräsident hat im Vertrauen darauf, daß die öffentliche Ruhe und Sicherheit nicht gefährdet werden, die sofortige Aufhebung der Standgerichte in Groß-Berlin angeordnet.

Standrechtlicher Terror in Köpenick.

Berlin, 23. März. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) In Köpenick wurden am Sonntag nachmittags mehrere Personen standrechtlich erschossen, darunter auch der Führer der Unabhängigen, Genosse Futran. Genosse Futran hatte sich in den vorhergehenden Tagen, nachdem die Regierung Kapp gestützt war, persönlich dafür eingesetzt, daß die bewaffneten Arbeiter ihre Waffen an die Reichswehr abliefern. Auch sonst war Genosse Futran stets für eine Verständigung und Mäßigung eingetreten. Trotzdem wurde er plötzlich von einziehenden Truppen am Sonntag verhaftet und binnen weniger Stunden standrechtlich hingerichtet.

Neue Standrechtstelen bei Berlin.

Berlin, 23. März. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) In Friedrichshagen bei Berlin kam es am Sonntag beim Einmarsch von Truppen zu heftigen Kämpfen, da die Arbeiter den Ort verbarrikadiert hatten. Nachdem die Truppen eingezogen waren, wurden sehr viele Personen — es werden hundert genannt — verhaftet, angeblich, um erschossen zu werden. Ueber ihr Schicksal ist jedoch nichts Näheres bekannt.

Aus Adlershof bei Berlin wird gemeldet, daß es dort zu einem Kampfe zwischen Kommunisten und dem Militär gekommen ist, wobei es auf beiden Seiten Tote gegeben hat. Mehrere Kommunisten sind standrechtlich erschossen worden. Die ausgegebene Parole, den Streik abzubrechen, wird von der U. S. P. und der S. P. D. nicht beachtet. Die Anhänger dieser Parteien sammeln sich. Das Militär erwartet einen großen Kampf.

Die Opfer der Gothaer Kämpfe.

Gotha, 23. März. Zu den Kämpfen in Gotha, das von jeder Verbindung abgeschnitten ist, macht das Kommando des hiesigen Reichswehrbataillons die Mitteilung, daß die Reichswehrruppen in Gotha bei den Kämpfen 10 Tote, 24 Verwundete und 9 Vermisste hatten. Die Verluste der ausländischen Arbeiter belaufen sich auf über 1000 Mann. (?)

Ein Zug der Zeitfreiwilligen nach Chemnitz?

Von Zeitfreiwilligen der 15. Kompanie wird erklärt, daß dem Regiment jetzt einige Tage Urlaub gegeben seien und daß es dann nach Chemnitz marschieren werde, um dort die „Ruhe und Ordnung wiederherzustellen“.

Wir fragen die militärischen Stellen, ob diese Neuherungen die Wahrheit sagen? Wird geplant, mit Zeitfreiwilligen — den erbittertesten Feinden der Arbeiter — in das durchaus friedliche Chemnitz einzuziehen, wo die Ruhe und Ordnung durch die Arbeiterschaft in muster-gültiger Weise gewahrt, wo die Arbeit zudem längst wieder aufgenommen ist?

Was ein solcher Marsch auf Chemnitz jetzt bedeuten würde, das steht für jeden Denker fest.

Wird die künftige Regierung einen solchen gefährlichen Schritt zulassen? Will sie die Verantwortung dafür übernehmen?

Wer hat das Volkshaus angezündet?

Auf unsere gestrigen Fragen, auf unsere schweren Anfragen gegen die Truppen der Volkshaus-Expedition und gegen den Rittmeister Merz, im besonderen ist bisher weder vom Brigadefeldkommando noch von der Presse der bürgerlichen Parteien irgendeine Neuherung erfolgt. Ja, die bürgerlichen Blätter Leipzigs haben nicht einmal gewagt, ihren Lesern unsere Angaben mitzuteilen, abgesehen vom Leipziger Tageblatt, das aber auch nur eine schüchterne Andeutung allgemeiner Art macht und die präzisen Tatsachen, die wir zu Beweise gestellt haben, vorsätzlich umgeht. Diese Verschönerung des Schweigens sind wir von der bürgerlichen Presse Leipzigs gewöhnt. Sie wundert uns nicht mehr. Immerhin hätte man meinen können, daß die besondere, gespannte Situation einmal eine Abweichung von dieser traurigen Taktik hätte veranlassen können.

Das Brigadefeldkommando schweigt also bisher zu unsern Anfragen in Nr. 40. Wir und die Öffentlichkeit erfahren vorläufig nicht, ob eine Untersuchung gegen den Rittmeister Merz eingeleitet ist. Dagegen äußert sich der Chef des Generalstabs zu einigen Behauptungen unserer Nummer 39 vom Sonntag in einem Schreiben, das er irrtümlicherweise als eine Berichtigung nach § 11 des Preßgesetzes ansieht. Da die Zuschrift gegen die Bestimmungen des Preßgesetzes grob verstößt — sie enthält im Widerspruch zu diesen Bestimmungen Urteile, während sie nur Tatsachen feststellen dürfte —, so wären wir berechtigt, sie ohne weiteres in den Papierkorb zu versenken. Wir setzen aber davon ab, weil wir ein Interesse daran haben, diese Neuherungen der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Die hierher gehörige — die andern geben wir an anderer Stelle — lautet:

In Nr. 39 der Leipziger Volkszeitung vom 21. 3. 20 wird dem Militärbefehlshaber der Kreishauptmannschaft Leipzig die Neuherung zugesprochen, daß das Volkshaus vom Mob angezündet worden sei. General Senft v. Pilsach hat diese oder eine ähnlich lautende Neuherung nicht getan. Nützlich ist hingegen die an gleicher Stelle der Volkszeitung vermerkte Neuherung des Militärbefehlshabers, wonach für das Militär kein Anlaß zur Zerstörung des Volkshauses vorliegen hat.

Der Herr General hat also nicht den Mob der Brandlegung im Volkshaus beschuldigt. Er erklärt weiter, daß das Militär keinen Anlaß zur Zerstörung des Volkshauses hatte. Darüber scheinen Herr Rittmeister Merz und seine Spießgesellen indes anderer Ansicht zu sein. Und die zahlreichen Neuherungen von Reichswehrröblen, die wir schon gemeldet haben und von denen wir weiter unten noch nach den Bekundungen von Feuerwehrlenten eine ganze mißbrauchte Blütenslese bringen, zeigen, daß die Gesinnung des Rittmeisters Merz unter seinen Truppen stark verbreitet war, daß sie starken Anlaß zu haben glaubten, die Zerstörung des Volkshauses zu wünschen und zu betreiben.

Bemerkenswert ist ferner an dieser Erklärung, daß die Angabe der amtlichen Brigadeberichte, wahrscheinlich sei der Brand auf Entzündung ausströmenden Gases aus einer geschlossenen Gasleitung zu erklären, nicht mehr vorgetragen wird. Diese Angabe erscheint also offenbar selbst dem Brigadefeldkommando für zu unwahrscheinlich, als daß sie noch Eindruck auf die Öffentlichkeit machen könnte.

Ueber das Verhalten der Merz-Truppen gibt das folgende Protokoll Auskunft, daß die Aussagen einer ganzen Anzahl von Feuerwehrlenten, die bei der zum Löschen des Volkshausbrandes ausrückenden Kolonne waren, wiedergibt:

Auf der Fahrt zum Volkshaus wurden wir am Neuen Rathhaus durch Zeitfreiwillige und Reichswehr aufgehalten. Dieser Aufenthalt dauerte wenigstens 10 Minuten. Dort sind folgende Neuherungen gefallen von Seiten vorgenannter Truppen: „Nacht ja die Bude herunterbrennen.“ In weiteren Neuherungen, auf welche ich nicht mehr wörtlich bestimmen kann, legen sogar verdeckte Drohungen für den Fall, daß wir löschend einwirken würden. Erst nach längerem Verhandlung unserer Branddirektors mit dem im Rathhaus befindlichen Major wurde uns das Weiterfahren zur Brandstätte unter Mitgabe eines Oberleutnants der Reichswehr gestattet. Auf der ganzen Fahrt bis zur letzten Vorkantone, wo der Oberleutnant das Fahrzeug verließ, hielten immerwährend Neuherungen oben beschriebener Art. Am Königplatz stellte sich dem Löschzug ein Hauptmann der Reichswehr mit vorgehaltenerem Revolver in den Weg mit

Leipzig

den Worten: „Ihr dürft nicht zum Volkshaus fahren, es wird auf euch geschossen!“ Erst auf die Mitteilung des Oberleitnants, daß es der Major befohlen habe, gab er uns den Weg frei. Den am Volkshaus stehenden Arbeiterposten gaben wir uns durch Winken mit der Wimper als Feuerwache zu erkennen. Während ein Teil der bewaffneten Arbeiter schon dabei war, die Hindernisse zu beseitigen, um uns die Durchfahrt freizumachen, waren einige andere über die Brandlegung dermaßen erbittert, daß sie uns mit den Worten: „Die Hunde haben unser Haus in Brand gesetzt, nun soll auch alles niederbrennen, und wenn ihr arbeitet, schießen wir euch!“ zur Umkehr zwangen. Auf der Rückfahrt durch die Truppen kam wieder die unerschöpfliche Freude über den Brand selbst und unser Nichteingreifen durch entsprechende Zurufe deutlich zum Ausdruck.

Bei dem Aufenthalt am Neuen Mathaus hörte ich folgende Äußerung von der Truppe: „Wenn ihr einen Tropfen Wasser aus Volkshaus gießt, schießen wir euch die Köpfe kaputt.“

Von den Truppen, welche das Königsplatz und Mathausring umgaben, hörte ich folgenden Zuruf: „Sprecht lieber mit Wasser als mit Wasser.“

Auf dem Königsplatz hörte ich von den Truppen folgende Worte: „Nehet nicht hinaus, sonst werdet ihr beschossen. Wir haben die Wunde erst angelegt, die Volksgemeinschaft kommt auch noch dran.“

Beim zweiten Ausrücken wurden wir auf dem Peterstraße beim Einfahren in die Emilienstraße von dem M.-G. der Reichswehr, das am Randgericht des Peterstraße postiert war, beschossen. Durch dieses Feuer wurde der Kommandowagen zweimal getroffen, wodurch dem Feuerwehmann M. durch die Bluse oberhalb der rechten Schulter und durch das Rückenleder geschossen worden ist.

Am Königsplatz hörte ich von der Truppe folgende Äußerungen: „Wehe, wenn ihr nicht, wie ich hierhin, geht. Daß das Volkshaus niederbrennen.“

Am Mathaus hörte ich folgende Äußerung von der Truppe: „Daß die Wunde brennen, wir sind froh, daß sie hochgeht.“

Am Stadthaus hörten wir folgenden Zuruf: „Wenn ihr Wasser hineinsprecht, schießen wir euch selbst herunter.“

Beim Anrücken am Neuen Mathaus riefen einige Soldaten der Reichswehr: „Daß die Partisanenbude herunterbrennen, oben sind noch Partisanen, die müssen mit verbrennen.“

Am Königsplatz hörte ich den Zuruf: „Daß die Wunde brennen!“

Wir überlassen es unsern Vorgesetzten, aus diesen Befundungen selbst ihre Schlüsse zu ziehen. Sie liegen nahe.

Wir wiederholen unsere gestrige Frage: Hat das Brigadefeldkommando die Untersuchung gegen den Mittmeister Metz und seine Mitschuldigen eröffnet?

Hatte der Mittmeister recht, sich auf einen Befehl zu berufen, „das Spartakistenfest niederzubrennen“?

Auch im Stadtverordnetenkollegium ist gestern von der Einschüchterung des Volkshauses gesprochen worden. Die Taktik der bürgerlichen Parteien geht auch bei diesem Fall wie im ganzen überhaupt darauf aus, die Schuldfrage für uns in die Schranken zu erklären und beiseite zu schieben. Das kann sich die Arbeiterschaft indes nicht gefallen lassen. Sie verlangt Aufklärung bis zum letzten und radikalsten Blosstellung der Schuldigen. Wenn die Herren bürgerlichen Politiker glauben, durch einige billige gerühmte Redensarten die Arbeiterschaft beruhigen zu können, so werden sie sich bitter irren.

Das Verhalten der Demokraten in dieser ganzen kritischen Woche ist überhaupt ein Kapitel, das besonders beleuchtet zu werden verdient. Wir wissen noch genau aus eigener Anschauung, mit welcher Entzweiung die demokratischen Führer in der Sitzung des Bürgerausschusses am Sonnabend, dem 13. März, die zweideutigen Erklärungen des Obersten Bierens und des Hauptmanns Dr. Dally vom Zeitfreiwilligen-Regiment, sowie des Chefs des Generalstabs der Brigade, des Hauptmanns Zudert, über die Stellung des Militärs zur Verfassung und zu dem Vorschlag der Rapp-Bande aufnahmen. Wir wissen insbesondere von Herrn Dr. Zudert, daß er selbst die Erklärung des Reichsanwalts Böner für die Leipziger Gruppe der Deutschen Volkspartei sehr ungenügend fand. Und ausgerechnet dieser selbst Herr hat in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung mit dem Bruch der Ueberzeugung erklärt, daß die Verfassungstreue des Leipziger Militärs über allen Zweifel erhaben sei und hat die Deutsche Volkspartei und die deutschnationalen Rappbrüder, die nach dem Sturz der Rappbande gerade noch ihre „Verfassungstreue“ entbeden, nach dem glorreichen Vorbild des Bürgerausschusses jählich als verfassungstreue Brüder ans Herz gedrückt.

Wir verstehen ja diese Wendung: die Herren Demokraten sehen schließlich noch lieber eine Rappbande an der Regierung, als die Arbeiterklasse. Aber daß sie über den Wert der nachträglichen Versicherungen des Militärs, die Verfassung schützen zu wollen, während es die Rapp-Offiziere laufen ließ, nicht ebenso denken wie wir, das können uns die Herren nicht weismachen.

Wetteres aus der „Berichtigung“ des Brigadefeldkommandos:

In dem Schreiben, aus dem wir im Leitartikel den ersten Absatz wiedergegeben haben, heißt es weiter:

In Nr. 30 ist ferner der amtliche Bericht der Brigade 10 vom 10. 3. insoweit als unrichtig bezeichnet, als er sich auf einen Ausspruch Lipinski bezieht, daß ihm (wie dem Minister Schwarz) ein Einfluß auf den Gang der Geschäfte einfließen sei. Hierzu wird festgestellt, daß Lipinski, als am Tage nach der Vereinbarung der Waffenruhe zwischen 3 und 4 Uhr nachmittags zwischen ihm und dem Polizeidirektor Dr. Rübke wegen Einstellung des Feuers in der Tauchaer Straße zur Ermäßigung der Herausgabe eines Flugblattes verhandelt wurde, Lipinski auf die Frage des Polizeidirektors, ob er in der Lage sei, die Einstellung des Feuers von Seiten der Arbeiterschaft dort zu veranlassen, dies nicht für sicher durchführbar erklärte. Damit gab Lipinski zu, daß ihm „ein Einfluß auf den Gang der Geschäfte einfließen sei“. Dem zur Einstellung des Feuers an bestimmter Stelle bedarf es, solange eine Truppe noch in der Hand der Führung ist, lediglich eines Befehls.

In Nr. 30 wird weiterhin unter Bezugnahme auf einen Beschuß des Leipziger Aktionsausschusses an die Zeitfreiwilligen der Beschuß der Leipziger Stadtverordneten, das Zeitfreiwilligenregiment aufzulösen, als das Ende dieser Organisation hingestellt. Demgegenüber wird betont, daß dieser Entschluß und Entlassung der Zeitfreiwilligen nur die militärischen Vorgesetzten vom Brigadefeldkommando an aufwärts bzw. der Reichswehrminister entscheiden (Gezetz-Sammelband Nr. 10, Seite 488-87). — Die endgültige Auflösung der Zeitfreiwilligen-Organisationen ist lediglich eine Reichsangelegenheit, niemals Sache einer Stadtverordnetenversammlung. Der Beschuß der Leipziger Stadtverordneten ist also ganz außer Kraft der Zuständigkeit dieser Körperschaft. Im Zusammenhang hiermit sei erwähnt, daß der Reichswehrminister auf die Mitteilung des sächsischen

Regierung von der in der Volkshaus gefassten Entschließung betreffend die Auflösung der Zeitfreiwilligen abweichend geantwortet hat. Von Seiten der Brigade, der Chef des Generalstabs, Zudert, Hauptmann.

Der erste Absatz ist eine sehr schiefe Auslegung einer Äußerung des Genossen Lipinski. Die Arbeiterkämpfer hätten natürlich auf Anordnung des Genossen Lipinski das Feuer eingestellt, wenn die Gegenseitigkeit hätte verbürgt werden können. Sie wollten natürlich nicht riskieren, daß die Truppen während der Waffenruhe vorrückten und sie übermächtigten.

Zum Absatz 3: Wir glauben gern, daß den Herren Militärs viel an der Erhaltung des Zeitfreiwilligen-Regiments liegt. Indes sollen sie auf die Erklärung des Reichswehrministers nicht zu stark bauen — Herr Noote ist nicht mehr der Herr ihrer Geschicke.

Ludendorffs Flucht vor dem Galgen.

Wir haben dieser Tage bereits die Tatsache mitgeteilt, daß unter der Verschönerung, die nun vor der Volkshaus das Hofenpanier ergriffen und den Berliner Hauptplatz ihres isengrohen Verbrechens auf dem deutschen Volk mit dem sicheren neutralen Danks vertraulich hat, sich auch Herr Ludendorff befindet, der Hauptmann Nummer 2 des unbeschreiblichen chauvinistischen deutschen Spielertums. Warum hat es der General, dem sein Vaterland mehrere Millionen unnütz zum Krüppel geschossener Volksgenossen, Hunderttausende überflüssig geopferten Leuten, Berge von Geld und Armut verbaut, so eilig geholt? Wenn sein Gewissen klären wäre, wenn er nicht als Hauptakteur des Meutereiputsches tätig gewesen wäre, hätte er es doch wahrhaftig nicht nötig gehabt, mit den Rapp und Lipinski das über Kopf den Köpfe zu pöbeln. Er hat auf jeden Fall schon am ersten Putschtag in voller Gala bei dem Eintagsdrückhändler einen „Ergebenheitsbesuch“ gemacht. Aber das genügt doch kaum, um ihm die Klitternde Angst vor dem Zuchthaus oder gar dem Galgen einzujagen. Wenn Ludendorff jetzt wirklich mit geflohen ist, so würde er warum: Er war einer der Hauptführer des Meutereiputsches. In dieser Erkenntnis bedarf es wahrhaftig nicht besonderen kriminologischen Spürsinn.

Aber nicht nur der zwingende Verdacht, sondern auch der hand-schriftliche Beweis liegt vor, daß Ludendorff an dem Rappischen Verbrechen von langer Hand her mitgearbeitet hat und bedeutende Fäden der ganzen ansehnlich zu früh losgebrosenen Verschwörung in der Hand hielt. Die mehrheitssozialistische Breslauer Volkswacht vermachte schon am 11. März ein Schreiben des Verbandes national geklunter Soldaten im Vorlauf widerzugeben, aus dem hervorgeht, daß der Vorstand dieses Verbandes in Schlesien mit Ludendorff in Verbindung stand. Der Verband national geklunter Soldaten ist aber noch ebensowenig ein Organ der Organisation der Verschönerer gewesen, die bewußt den Rapp-Stützpunkt im Boden bereitet hat. Rummehr versteht man es auch, warum gerade in Schlesien, wo der Verband besonders stark organisiert ist, trotz seiner starken Arbeiterbevölkerung die Rappbande noch bis heute aufrichtig herrin der Lage ist.

Ob denn nun nicht endlich auch dem Völkertum die Augen darüber aufgehen, welchem schandlichen Baal es bisher mit vollen Händen und ergebensten Sprüchen geopfert hat. Der Herrschaft der Unbeschöner, der glorreiche „Eroberer in hundert Schlachten“ ist als Verbrecher entlarvt. Neue Schuld hat er auf sein Haupt geladen, neues unschuldiges Blut liegt an seinen Händen. Wie ihm schon einmal, als er im November 1918 nach Schweden auswich, die Flüche seines Volkes mit in die hequeme Verbannung folgten, so werden sich auch heute Millionen jordanis Arme hinter diesem Manne reden, der Deutschland's Ehre und Ruhm dieh und sein Geld und seine fleische Entwürdigung war.

Weniger aktiv war Herr Ludendorff, scheint Herr Hindenburg an dem Rappischen Verbrechen beteiligt zu sein. Nachdem er aber ausdrücklich bemerkt hat, daß er gegen Rapp aufgetreten ist und nachdem er sogar den „Erntedank“ an ihn gerichtet hat, „Er-mittlungsvorschlag“ „sperator“ unter den Tisch hat fallen lassen, dürfte es mit seiner Präbendensuchtsambidatur wohl ein für allemal er sein. Seine zum mindesten passive Sympathie mit den Staatsverbrechern hat zu viel bestehendes Material gegen ihn zusammengetragen, als daß auch dem harmlosesten unpolitischen Spießbürger der Spul seiner Präbendensucht, wie es selbst heute noch die Leipziger Renschen Nachrichten zu ihm sich nicht entblößen, noch mündgerecht gemacht werden könnte.

Mahnahmen gegen die Hochverräter.

Berlin, 28. März. Die preussische Staatsregierung teilt mit: Gegen den Oberpräsidenten Wintig, den Regierungspräsidenten von Braun, den Oberpräsidenten von Paffel und den Landeshauptmann von Brünne in Adnagberg, sowie gegen den Geh. Regierungsrat im Ministerium des Innern Dole, ferner gegen den Regierungspräsidenten Pauli in Schleswig ist das Disziplinarverfahren unter sofortiger Enthebung von ihren Klemern angeordnet worden.

Breslau, 22. März. Das Ahtuhradenblatt meldet die Verhaftung des Direktors der Technischen Hochschule, Heinelt wegen Hochverrats. Heinelt war der Leiter der Organisation der Zeitfreiwilligen, die von der Technischen Hochschule ausgerüstet und bewaffnet wurden.

Berlin, 28. März. Der Oberst von Schönfeld ist vom Kommando der Sicherheitspolizei in Berlin abberufen worden. Sämtliche Oberpräsidenten sind aufgefordert worden, über das Verhalten der Beamten der sogenannten Rappregierung Bericht zu erstatten. — Die Reichsregierung wird unverzüglich der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorlegen, wonach Strafverfolgung und Aburteilung der hochverräterischen Unternehmungen, auch soweit es sich um die der Militärgerichtsbarkeit unterstehenden Personen handelt, ausschließlich bürgerlichen Gerichten und Behörden zusteht.

Das letzte Ziel der Rapp-Bande.

Unser Wilhelmshavener Parteiblatt meldete am Tage des Putschs: „Sie und aus Tughaven mitgeteilt wird, sollen von dort Zorpedbote der „Eisernen Front“ angelassen sein, um den vor-nachsten Deutzer“ aus Amerongen abzuholen. Die Sache soll raffiniert mit Flugzeugen bewerkstelligt werden. Von dortum aus soll der Kaiser mittels Flugzeug nach Berlin gebracht werden.“

Wären die Rapp-Zute durchgekommen, hätte man also den ramponierten Jökernaar auf ein Flugzeug montiert und also im Triumph zurückgeschleppt. Wir bewundern nur die Eitelkeit, mit der man das gezeugt hat. . .

Mißhandlung von Arbeitern durch die Reichswehr.

Am Sonntag früh gegen 1/2 8 Uhr trafen in Wiederitzsch etwa 150 Mann der Reichswehr, zum Teil Weiträten, ein und besetzten den Ort. Es wurde Alarm gegeben und aufgefordert, alle Waffen bis 7-Uhr im Gemeinbeamt abzugeben. Wer später noch im Besitz von Waffen sei, werde standrechtlich erschossen werden. Etwa 30 Arbeiter wurden — anscheinend auf Grund einer vorliegenden Liste — verhaftet und zunächst nach dem Gemeinbeamt gebracht. Dort wurden sie zum Teil in Gegenwart des Gemeinbeamtstandes und einiger militärischer Vorgesetzter mißhandelt und blutig geschlagen.

18 Verhaftete sind dann nach der Klauenkaserne transportiert worden, wo weitere Mißhandlungen stattgefunden haben sollen. Einzelheiten sind darüber noch nicht bekannt.

Das Vorgehen der Reichswehr ist ganz unverständlich, da in Wiederitzsch während der ganzen kritischen Zeit Ruhe und Ordnung geherrscht haben und nicht ein Schuß gefallen ist. Wie uns versichert wird, hat sich der Offizier, der das Verhör vorgenommen hat, lediglich auf die Auslagen eines in Wiederitzsch wohnenden Angehörigen der Reichswehr verlassen. Wir erwarten vom militärischen Befehlshaber, daß über den empörenden Vorfall sofort Aufklärung gegeben wird und die Schuldigen bestraft werden.

Die Ereignisse in Vindenthal.

Nur Bedrohung, keine Prügeleien.

Zu der von uns gestern gemeldeten Verhaftung Vindenthalsen Arbeiter geht uns vom Gemeinbeamtstand und einigen Genossen im Namen der Beteiligten die folgende Mitteilung zu:

Zu dem Bericht der Nr. 40 der Leipziger Volksgemeinschaft unter Die Teilnehmenden der Reichswehr haben wir, was Vindenthal angeht, folgendes zu berichten: In Vindenthal haben sich Arbeiter nicht an den „Kämpfen“ beteiligt. Ob sie von den Bauern denunziert wurden, wird sich in der Folge wohl noch herausstellen. Unser Ort wurde am Sonntag früh abgepöbelt. Drei Genossen wurden verhaftet, nach den Wohlher Kaserne geführt, dort zwar bedroht, aber nicht geschlagen und abends 8 Uhr wieder entlassen. Im übrigen war die Behandlung während der Inhaftierung gut. Die in Nr. 40 geschilderten Ereignisse scheinen sich, wie wir vermuten, auf Wiederitzsch zu beziehen.

Die Verhaftungen in der Umgebung gehen weiter.

Aus Taucha wird uns gemeldet, daß heute Dienstag bei Tagesanbruch Reichswehrtruppen mit Panzerautos und Artillerie in die Stadt eingedrückt sind und eine Reihe von tätigen Genossen verhaftet haben. Unter den Verhafteten befinden sich auch die Genossen Pagh und Ringler.

Was mit den Verhafteten geschehen ist, ließ sich bis zur Stunde noch nicht feststellen. Das radikalste Vorgehen des Militärs, das in so offenkundiger Weise das gegebene Versprechen, nichts gegen die organisierte Arbeiterschaft zu unternehmen, bricht, hat die Arbeiterschaft aufs äußerste erbittert. Sollten sich diese Uebergriffe wiederholen, ist mit erneutem Ausbruch des Generalstreiks zu rechnen. Die Arbeiterschaft hat nicht Lust, Schindluder mit sich treiben zu lassen. Das sollte sich auch der Herr Generalmajor Senft von Pilsach sagen.

Noch eine Kundgebung des Leipziger Bürgerausschusses.

Folgendes Schreiben verdient die Veröffentlichung: Zeitfreiwillige!

In Euren Reihen hat sich vielfach eine harte Mißstimmung geltend gemacht gegen den Aktionsausschuß, der sich aus den Vertretern der auf dem Boden der Verfassung stehenden Parteien, der Behörden und des Bürgerausschusses zusammensetzt. Dieser Ausschuß legt den höchsten Wert darauf, auch zu versichern, daß er die Dienste, die ihr in größter Opferwilligkeit der Leipziger Einwohnerschaft mit Einsatz Eures Lebens geleistet hat, vollumfänglich und Vertrauen zu Euch legt. Daß der Ausschuß es versucht hat, durch Verhandlungen Mißverständnisse möglichst zu vermeiden, war notwendig, um der gesamten Einwohnerschaft den Beweis zu liefern, daß nichts unterlassen worden sei, um zum Frieden zu gelangen. Für die Beschlässe der Stadtverordneten, die ohne Wissen des Aktionsausschusses gefaßt worden sind, ist er nicht verantwortlich zu machen, er hat dagegen sofort Ber-wahrung eingelegt.

Nachdem das weitgehende Einverständnis, das der Arbeiterschaft gezeigt worden ist, von dieser mit dem Abbruch der Verhandlungen und der Wiederaufnahme des Kampfes beantwortet worden ist, muß auch der uns Uebelwollende anerkennen, daß alles Unrecht auf der Gegenseite ist. Wir wissen, daß ihr in vollem Maße eure Pflicht getan habt und weiter tun werdet und ihr könnt der vollen Unterstützung und des Vertrauens der Bürgerschaft gewiß sein.

Leipzig, den 10. März 1920.

Im Auftrag des Aktionsausschusses, Professor Dr. Walter Koch.

Also der Aktionsausschuß des Bürgerausschusses erklärt, daß alles Unrecht auf der Seite der Arbeiterschaft liegt. Das nach dem Blutbad vom Sonntag, das nach der „Ausweitung“ zweier Rapp-scher Hochverrats-Offiziere durch das Militär! Wir wollen uns diese Stellung des Aktionsausschusses, der die — Geschmacklosigkeit besitzt, jetzt noch Vertreter der Arbeiterschaft zu seinen Sitzungen zu laden (!), merken.

Die Haltung der Leipziger Rechtssozialisten

Die Freie Presse vom Montag zitiert die Ausführungen unseres Leitartikels in der Sonntagsnummer, wo wir sagten, es gelte, die Einwohnerwehr zu errichten und schnell zu errichten usw., sowie die schnellste Aufhebung des Belagerungszustandes von der Regierung zu bewirken. Hier sei der Präzedenzfall, an dem sich die Einheitsfront des Proletariats zu bewähren habe. Jedes Schwanken, jede unzuverlässige Bewegung auf diesem Felde müßte sie sofort gestöhnen. Doch das würden die Rechtssozialisten selbst wissen.

Das rechtssozialistische Blatt erklärt dazu:

Das sind Worte, die wir bedingungslos unterschreiben. Denn die Regierung dem Befehlshaber der Leipziger Truppen von neuem außerordentliche Vollmachten verlieh, so findet diese Maßnahme ihre Erklärung auch in den außerordentlichen Verhältnissen. Wir sind aber fest überzeugt, daß es keiner besonderen Anregung von un-abhängiger Seite bedürfen wird, um den neuen Ausnahmezustand ebenso schnell zurückwinden zu lassen, wie er in Berlin wieder gekommen und wieder verschwinden ist. Wir wissen, daß die Regierung ebenso der Meinung ist wie wir, daß wir keinen Belagerungszustand brauchen, wenn die unabhängigen Sozialdemokraten sich mit so erfreulicher Anteilnahme, wie es in dem obigen Blatt der Leipziger Volksgemeinschaft geschieht, an der Seite der Sozialdemokraten für den Schutz der Republik und die Grundgesetze der Revolution einsetzen.

Wir vermerken das und wünschen, daß die Taten den Worten entsprechen mögen. Und insbesondere wollen wir hoffen, daß die optimistische Annahme des Blattes über die schnelle Aufhebung des Belagerungszustandes, daß das starke Vertrauen in die sächsische Regierung gerechtfertigt wird. Es muß allerdings recht schnell geschehen, wenn diese Aufhebung die nötige Wirkung, die Verhinderung der Arbeiterschaft, haben soll. Dauert die Militärdiktatur auch nur noch einige Tage fort, so laufen die Besten der Arbeiterschaft in die Gefahr schwerer Kränkung und vielstündiger Mißhandlung, wie die Meldungen aus Wiederitzsch beweisen,

Eine Seldental in Colbus.

In Colbus hat während der Vulkano die Druckerei unseres dortigen Parteiorgans „Freier Volkswille“ zerstört, um das Weiterarbeiten der Zeitung zu verhindern. Die nunmehr ankommenden anderwärts gedruckte Zeitung teilt getrennt darüber nach dem Bericht des Parteisekretärs Rosemann, der Augenzeuge der heroischen Tat war, u. a. folgendes mit:

„Am nächsten demobilisierte ein Feindmehel eine der beiden Druckmaschinen durch Werfen einer Handgranate. Dann verließ er das Haus, kehrte jedoch gleich wieder zurück und zerstörte mit einer weiteren Handgranate die zweite Maschine. Durch mein energisches Auftreten rettete ich die Räume im ersten Stock, denn es lag in der Absicht Wides, auch hier eine Handgranate zu werfen. Ein Durchsuchen nach Waffen, die übrigens nie im Hause waren, fand nicht statt. Nachdem das Verhör beendet worden war, lag dieser Held mit seiner Garbe ab. Bis auf eine fast alle Fensterkäden zertrümmert.“ Das nennt man dann „Ruhe und Ordnung“ schühen...

Die Lage in Berlin.

Schwere Kämpfe haben nach neueren Berichten bei Spandau stattgefunden. Es wird darüber gemeldet:

Berlin, 28. März. (E. T. B.) Nördlich Spandau kam es am Montag bei dem Dorfe Hennigsdorf, wo die A. G. große Fabriken hat, zu einem schweren Kampf zwischen Reichswehrtruppen und Aufständigen. Es waren starke Bänder aus der Gegend von Velten, gut ausgerüstet mit Maschinengewehren, gemeldet. Das Dorf Böhlow hatten sie geplündert. Bei Hennigsdorf stießen sie auf eine von Spandau herbeigerufene Kompanie Reichswehr, die sich aber wegen der Uebermacht einziehen zurückziehen mußte. Nach dem Eintreffen von Verstärkungen wurde mit Artillerievorbereitung ein planmäßiger, umfassender Angriff auf den Ort Hennigsdorf unternommen. Es entwickelte sich ein heftiger Häuserkampf, schließlich wurden die Aufständigen den Ort unter Zurücklassung von vierzehn Toten und zahlreichen Verwundeten, sowie zahlreicher Waffen, erlitten. Auf Seiten der Reichswehrtruppen gab es zwei Tote und zwölf Verwundete. Die Verfolgung nach Velten zu schreitet fort. Die Brücken über die Havel nach Berlin sind von Reichswehr besetzt.

Berlin, 28. März. Zu schweren, blutigen Kämpfen mit bewaffneten Däulen kam es in Hennigsdorf an der Vorortlinie Siedtiner Bahnhof-Velten. Nachdem Bänder gestern bereits das Dorf Böhlow genommen und geplündert hatten, brangen sie auf der Chaussee nach Hennigsdorf vor und besetzten die Brücke, leiteten Drahtverhänge und Barrikaden an und sperrten die Straße mit zehn Maschinengewehren für jeden Verkehr. Auf einen Rotzug aus Hennigsdorf rückten noch gestern zwei Panzerwagen mit Truppen an, die aber, da sie viel zu schwach waren, blutig zurückgeschlagen wurden. Drei Aufständiger und mehrere Soldaten fielen im Kampfe, andre wurden verwundet. Heute ging man mit einem Panzerzug und Artillerie vor und es kam zu einem zweiten, noch schwereren Kampf, in welchem die Aufständiger mit großen Verlusten zurückgeworfen wurden. Hennigsdorf konnte besetzt werden. Hier wüthete drei Stunden lang ein erbitterter Straßenkampf und Häuserkampf. Im Seitenhaushaus waren bis nachmittags etwa 25 Tote abgeteuer. Von den Truppen sind 25 Verwundete gemeldet; die Zahl der Toten steht noch nicht fest. Die Aufständiger sind noch Velten weiter geflüchtet.

Nachrichten aus dem Reiche.

Ueber die Vorgänge in Mitteldeutschland wird berichtet, daß in Halle noch schwere Kämpfe stattfinden, wobei auf beiden Seiten Artillerie verwendet wird. Nach den Berichten bürgerlicher Blätter schätzen die Offiziere die Zahl der kämpfenden Arbeiter auf 80-10000. Die Arbeiter sollen die Eisenbahn, den Markt und einzelne Vorgänge noch besetzt halten. Am Montag sollten Angriffe der Arbeiter auf den Bahnhof und den Schlachthof abgeschlossen worden sein. Es scheint sich die Nachricht zu bestätigen, daß die Regierungstruppen die Oberhand in der Stadt gewonnen haben. Auch in den Kämpfen um Werseburg sollen die Truppen siegreich gewesen sein.

Heiz, den 28. März. (E. T. B.) Hier ist am Montagvormittag in einer auf dem Plage vor dem Schützenhause abgehaltenen und von mehr als 4000 Personen besuchten Versammlung die Beendigung des Generalstreiks und die Wiederaufnahme der Arbeit für Dienstag früh beschlossen worden und zwar ohne Widerspruch. Es wird eine Einwohnerversammlung gebildet.

In Queblinburg ist ein heftiger sozialistischer Angriff auf das Rathaus von der Belagerung abgewiesen worden. Der von Sozialisten besetzte Bahnhof wurde von den Truppen nach schwerem Kampf wieder genommen. Beide Teile haben schwere Verluste erlitten.

Dagegen wird aus Stuttgart mitgeteilt, daß dort der Bahnhof von bewaffneten Kommunisten besetzt ist, die seinen Zug durchlassen. Gestern abend sollte der Versuch gemacht werden, sie mit Gewalt zu vertreiben. Der Zugverkehr nach Halle ruht noch vollständig.

In Magdeburg ist am Montag der Generalstreik abgebrochen worden. Die Arbeit wurde in den meisten Betrieben wieder aufgenommen. Auch in den Eisenbahnwerkstätten Salze und Budau wurde die Arbeit vollständig wieder aufgenommen, ebenso in den zum Eisenbahndirektorat gehörigen Magdeburger Eisenbahnwerkstätten Braunschweig und Halberstadt.

In Hildesheim kam es zu Zusammenstößen zwischen dem Spalier Jägerbataillon und der aufgeregten Volksmenge, wobei es auf beiden Seiten Tote gab. Auf dem Gute Endorf wurde Freiherr v. Arncke erschossen, sein Sohn schwer verwundet.

Aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet bringt das Volkswille-Bureau die folgende Meldung:

Sagen i. B., 22. März. Die drei sozialistischen Parteien des Industriegebiets haben an die Nationalversammlung eine Dranghaft gerichtet, in der es heißt: Die drei sozialistischen Parteien des Industriegebiets stellen sich einstimmig auf den Standpunkt, daß alle Kräfte eingesetzt werden müssen, um die Reaktion niederzuschlagen. In seiner Weise können sie dem General Watter Vertrauen entgegenbringen, der als reaktionärer, monarchistischer Offizier die Arbeiter zur Abgabe der Waffen aufforderte, aber das Bataillon schuf, das auf dem Boden der Rapp-Regierung steht, nicht entwaffnete. Wir verlangen sofortige Einstellung der Truppenbewegungen, da wir sonst gezwungen sind, in berechtigter Abwehr zum Angriff zu schreiten. Die Konferenz lehnt einstimmig die Einführung der Rätebestattung ab und stellt sich in ihrem Vorgehen auf durchaus legalen Boden. Im Industriegebiet herrscht größte Ruhe und Ordnung. Die Arbeit wurde, mit Ausnahme der unter den Waffen stehenden Arbeiter, wieder voll aufgenommen.

Im Gegensatz zu diesen Meldungen berichten bürgerliche Blätter über neue heftige Kämpfe im Industriegebiet. So melden die S. N. N.: Die Kommunisten verfügen über 10 000 wohlbewaffnete Arbeitertruppen, die mit Maschinengewehren, Geschützen, Panzerwagen über ein Duzend Industriestädte überzogen. Ueberall wurden große Verheerungen zur Bewaffnung der Arbeiter eingerichtet. In Dortmund zählte man 70 Tote, 200 Verwundete, in Barmen 50 Tote, 150 Verwundete, in Essen über 500 Tote und Verwundete. Die belgische Besatzung auf dem linken Rheinufer wurde von Homberg nach März zurückgezogen. Die Truppen, die die Sicherung der rechtsrheinischen Rhein übernahmen hatten, haben diese Posten geräumt.

Das Hauptkampfgebiet soll jetzt im Norden die Gegend von Wesel sein. Dort sollen 5-6000 Mann der Reichswehr, die durch bewaffnete Bauern verstärkt seien, 15 000 Arbeiter gegenüberstehen. Es sollen Schützengräben ausgeworfen worden sein. Ein regelrechter Stellungskampf habe begonnen.

Aus Süddeutschland, namentlich aus Württemberg, sind erhebliche Teile der Reichswehrtruppen auf dem Wege nach dem Ruhrgebiet. Auch aus andern Gegenden des Reiches werden zuverlässige Korps nach dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet beordert, um gegen die „Bolschewisten“ vorzugehen.

Nach einem Telegramm aus Berlin sind Reichswehrminister Gieseler und Wohlfahrtsminister Siegel nach dem Ruhrgebiet abgereist. Sie haben von der Regierung den Auftrag, eine Vermittlung einzuleiten, damit die sonst in den nächsten Tagen einsetzenden schweren Kämpfe zwischen den aufmarschierenden Reichswehrtruppen und den bewaffneten Arbeitern unterbleiben und damit jedes Blutvergießen vermieden wird.

Ferner wird gemeldet: Düsseldorf, 22. März. Die gestern stattgehabte Funktionäre der sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften beschloß, den Generalstreik mit dem heutigen Tage abzubrechen. — Der Ruhrzug hat beschlossen, eine Volkswache aus organisierten Arbeitern und Angehörigen zu bilden, die auf dem Boden des Sozialismus stehen, um die politische Macht der Arbeiterklasse zu sichern. Die bisherige Arbeiterwehr wird entwaffnet.

Bochum, 22. März. (E. T. B.) Nachdem auch in den Reihen des Bergvereins Bochum-Eisb gestern die Arbeit allgemein wieder aufgenommen worden ist, kann der Generalstreik in Bochumer Bezirk als vollständig beendet angesehen werden.

Das Ausland und die Lage in Deutschland.

Paris, 18. März. Der Temps sagt in seinem gestrigen Beilage, es sei klar, daß die Regierung Weyers-Bauer die Ereignisse in Spanien und Marokko Hindenburg zu verdanken habe. Das Blatt kommt zu einem Ergebnis, das in Widerspruch steht zu seinen Betrachtungen in den letzten Tagen. Es sagt nämlich, daß sobald wie möglich die Entscheidungssumme festgesetzt werden müsse. Denn wenn dies nicht geschieht, werden die Deutschen auf Schwierigkeiten stoßen, wenn sie eine Auleihe aufnehmen wollen. Der Temps gibt zu, daß, wenn man Deutschland die Ruhe wiedergeben wolle, man ihm Zahlungsmittel geben müsse. Denn bei dem schlechten Stande der Wirt würde es für Deutschland kaum möglich sein, die Beziehungen zum Auslande für Einkäufe auszulassen.

Amsterdam, 18. März. Allgemeines Handelsblatt meldet, daß das Gerücht, wonach man im Zusammenhang mit der unsicheren Lage in Deutschland von dem Kohlen- und Kredit-Abkommen zwischen Holland und Deutschland abgesehen habe, den Tatsachen nicht entspricht.

Paris, 18. März. In der heutigen Sitzung der französischen Kammer verlangte Ministerpräsident Millerand die Verhängung scharfer Strafen über die auswärtige Politik der Regierung namentlich gegen Deutschland eingebrachten Interpellationen. Anstatt der augenblicklichen Ergebnisse in Deutschland könne er nur sagen, daß die Regierung stets alle Maßnahmen ergreifen werde, die die Sicherheit Frankreichs erfordere. Der Abg. Barthelemy betonte, die französische Regierung könne nur eine Haltung einnehmen, nämlich die lächerliche Aufhebung des Friedensvertrags von Versailles abzusetzen. Verdrängte Abgeordnete wollten von einer Vertagung nichts wissen. Dagegen sagte man, wolle das Parlament immer zum Stillstande verbleiben. Wenn Hindenburg und Hindenburg über die Sozialisten reden würden, so bedeute das für Frankreich den Krieg in drei bis vier Jahren. In namentlicher Abstimmung wird beschlossen, sämtliche Interpellationen über die auswärtige Politik am 25. März zu beraten.

Weiterer Aufschub der Abrüstung in Deutschland.

Der Frankfurter Zeitung wird aus dem Haag gemeldet: Der Vorkonferenzrat in Paris beschloß am Sonntag die Verhängung des Eids auf Wahrung der Friedensbedingungen. Die belgischen und italienischen Vertreter sprachen sich dafür aus, der Bitte nachzukommen und Deutschland wegen der spartanischen Invokationen einen Aufschub der Abrüstung zu gestatten. Die Franzosen aber vertraten den entgegengelegten Standpunkt und verlangten die strenge Durchführung des Friedensabkommens ohne jede Veränderung. Die Debatte war ziemlich scharf: eine einhellige Entscheidung wurde nicht erreicht. Millerand und noch verlangte Vollmacht, die alliierten Heere weiter in Deutschland vorrücken zu lassen, und wenn nötig, das Ruhrgebiet zu besetzen, damit Frankreich Steinkohlen erhalte. Dieser französische Wunsch fand jedoch bei den Amerikanern, Engländern und Italienern starken Widerstand. Der Vorkonferenzrat beschloß ferner, die Aufmerksamkeit der polnischen Regierung auf die deutsche Klage zu lenken, daß Polen den Eisenbahnverkehr zwischen Breslau und Ostpreußen verhinere.

Das Gerücht, daß Deutschland eine größere Truppenmacht behalten wolle, um die Ruhe in Deutschland aufrecht erhalten zu können, haben die West- und Ostsee oft genug vorabget. Sie haben damit auch insofern Erfolg gehabt, als die Derabsetzung der Truppenstärke auf 100 000 Mann hinuntergeschoben worden ist. Der Streik der Berliner Vorkonferenz hat ja nun aber mit aller Deutlichkeit gezeigt, von welcher Seite die Ruhe wirklich selbst wird. Gerade Müller jener „Schutztruppe der Ordnung“ sind es gewesen, die die neue Katastrophe über Deutschland heraufbeschworen haben. Wo nicht die Selbsthaltung, sondern die Befehlsmacht der Wehrmacht in ihrer letzten Zusammenfassung ist notwendig, wenn wirklich Ruhe in Deutschland eintreten soll.

Die Lage in den russischen Randstaaten.

Berlingske Tidende meldet, daß trotz des englischen Eintrittens in den Grenzstreit zwischen Estland und Letland die Spannung zwischen beiden Staaten immer größer wird. Es liegen Meldungen vor, daß beide Parteien sich auf den Krieg vorbereiten und Truppen an der Grenze zusammenziehen. Beschäftigt des gemeinsamen Auftretens der Randstaaten beim Friedensschluß mit Rußland ist noch keineklärung geschaffen. Die litauische Regierung hat der lettischen eine vorbereitende Besprechung in London oder Paris vorgeschlagen. Nach Entensmodlungen soll der Wirtsbund beabsichtigen, bei den Randstaaten vorstellig zu werden, die Friedensverhandlungen mit der Moskauer Regierung unter dem Protektorat des Völkerbundes stattfinden zu lassen.

Aus Helsinki wird berichtet, daß infolge der bolschewistischen Angriffe gegen die finnische Grenze ein Telegrammwechsel zwischen der finnischen Regierung und der Räteregierung stattgefunden hat. Tschitschorn ver sprach, die Operationen bis zum Abschluß der Verhandlungen einzustellen. — Nach Blättermeldungen aus Helsinki sagte der Präsident bei Eröffnung des Landtags u. a. Finnland werde versuchen, die freundschaftlichen Beziehungen zu den andern Mächten aufrechtzuerhalten, aber alle Versuche, in das Gebiet einzudringen, welches völkerrrechtlich unbedingt zu Finnland gehören, zurückzuweisen, ebenso die Versuche, die Inseln Inseln von Finnland zu trennen.

Deutschland.

Die Demokraten fordern Bestrafung der Vorkonferenz

Berlin, 19. März. Der Vorstand der Deutschdemokratischen Partei verlangt die schneelle und radikalste Durchführung des Prozesses gegen die Vorkonferenz des Vorkonferenz. Bei der Umbildung des Kabinetts, die er fordert, betrachtet er eine Beteiligung der beiden Reichsparteien als völlig ausgeschlossen.

Winnig von den Rechtssozialisten ausgeschlossen.

Oberpräsident Winnig wurde aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen. Endlich!

Auszahlung der Zulagen an die Beamten.

Amlich wird aus Berlin gemeldet: Ohne Rücksicht darauf, ob die neue Besoldungsordnung bereits am 1. April 1920 von den betreffenden Körperschaften verabschiedet wird oder nicht, werden die Reichsbeamten am 1. April neben ihrem Gehalt die um 150 Prozent erhöhte Teuerungszulage und die Kinderzulagen ausbezahlt erhalten als Vorbehalt auf die einzelnen nach der neuen Besoldungsordnung zu gewährenden Bezüge.

Der bayrische Landtag für die Verreichlichung der Post.

Der Landtag hat dem Staatsvertrag über den Uebernahm der bayrischen Post- und Telegraphenverwaltung auf das Reich in erster und zweiter Lesung zugestimmt.

Kleine Auslandsnachrichten.

Deutsche Kriegsmaterialegerungen nach Holland.

Paris, 18. März. Die Vorkonferenzkonferenz beschäftigt sich mit dem ungarischen Friedensvertrag sowie mit der Nachricht, es hätten gewisse Transporte von deutschem Kriegsmaterial nach Holland stattgefunden. Der Temps meint, die alliierten Regierungen würden jedenfalls die Aufmerksamkeit der niederländischen Regierung auf diese Tatsache lenken.

Furcht vor dem „Bolschewismus“ in England.

Wie der Amsterdamer Telegraf aus London meldet, erklärte Lloyd George in einer mit Spannung erwarteten politischen Rede in einer Versammlung liberaler Abgeordneter, er denke nicht daran, rechts oder links zu schwanken, sondern werde den liberalen Grundgedanken treu bleiben. Die Rede spielte in einem Appell zum Zusammenschluß gegen die drohende Gefahr des Sozialismus und Bolschewismus. Lloyd George sagte, solange keine Partei im Parlament über die unbedingte Mehrheit verfüge, sei eine Koalition notwendig. — In einer Rede, die sich mit diesen Ausführungen Lloyd George beschränkte, erklärte Henderson, Lloyd George habe der Arbeiterpartei den Krieg erklärt; die Arbeiter nähmen die Herausforderung an. „Daily News“ zufolge erklärte Churchill, jetzt, wo der deutsche Militarismus vernichtet sei, bilde die sozialistische Partei in England die schlimmste Gefahr für die britische Zivilisation. Churchill forderte die Unionisten und die Liberalen auf, unverzüglich gegen die Sozialisten Front zu machen. Er trat für die Unterjüngung Lloyd Georges ein.

Der amerikanische Senat gegen den Versailler Vertrag.

Nach einer Meldung aus Basel wurde im amerikanischen Senat die vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit für die Ratifikation des Versailler Friedens, wie schon gemeldet, nicht erreicht. Der Senat wird den Vertrag dem Präsidenten Wilson zurückgeben. Weiter, meldet der Korrespondent des Daily Chronicle aus New York, Wilson beachtliche Verhandlungen über den Abschluß eines Sonderfriedens mit Deutschland einzuleiten. — In den Friedensverhandlungen mit der Türkei werde sich Amerika nicht beteiligen; dagegen werde Amerika sich das Recht vorbehalten, ein Sonderabkommen mit Oesterreich und Ungarn zu treffen.

Der amerikanische Kredit für Deutschland.

Die Telegraf aus Washington meldet, sich der im amerikanischen Repräsentantenhaus eingebrachte Gesetzentwurf über den Deutschland zu gewährten Lebensmitteln- und Rohstofflieferungen von einer Milliarde vor, daß das beschlagene Vermögen deutscher Untertanen abzüglich der Entschädigungsansprüche amerikanischer Bürger als Sicherheit für die Auleihe verwendet wird. Die Waren, die Deutschland benötigt, sind Baumwolle, Weizen, kondensierte Milch, Fleischprodukte und Kaffee. Für die Vereinigten Staaten sei es wichtig, diese Ausfuhr aufrechtzuerhalten, da die amerikanische Ausfuhr in den letzten drei Wochen um 70 Prozent zurückgegangen ist.

Amerikanische Hilfe.

Das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten hat einstimmig die Entsendung von 5 Millionen Pfund Mehl für Oesterreich, Polen und Armenien beschlossen.

Australien fordert Vertretung im Völkerbund.

Der australische Ministerpräsident Hughes führte im Parlament aus, Australien sei eine Nation in dem gleichen Range wie die Vereinigten Staaten und werde sein Recht auf Vertretung im Völkerbund verteidigen.

Ende des französischen Bergarbeiterstreiks.

Der Bergarbeiterstreik im Nord-Departement und im Pas-de-Calais ist durch Schiedspruch beigelegt. Die Arbeit wird am Montag wieder aufgenommen.

Der italienische Eisenbahnerstreik beendet.

Der Mailänder Secolo berichtet aus Rom, daß der Eisenbahnerstreik in Italien endgültig erledigt ist. Das Blatt ist der Ansicht, daß die Eisenbahner gemachten Zugeständnisse ein großes Defizit verursachen werden.

Militärische Besetzung Konstantinopels durch die Alliierten.

Konstantinopel, 18. März. Die Besetzung Konstantinopels ist dem Großvezir mit einem Schreiben notifiziert worden, das von Frankreich, England und Italien unterschrieben ist.

Gemeinames Vorgehen Chinas und Japans im Osten.

Die Londoner Times meldet aus Charkow: Von zuverlässiger Seite verlautet, daß die chinesische und japanische Regierung übereinkommen seien, im fernem Osten gemeinsam zu handeln. Das chinesische Kontingent werde aus vier, das japanische aus drei Divisionen bestehen.

Wilson und die Türkei.

Nach einer Neuntermeldung aus Washington erklärte Wilson in einem Schreiben an Volf, daß die türkische Regierung nicht in Konstantinopel bleiben dürfe.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Reichner in Leipzig.
Verantwortlich für den Ankerartikel: Friedrich Wiltz, Nordhorn-Deplja.
Druck und Verlag: Pelziner Buchdruckerei Witteneckschloß, Leipzig.
Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

U.S.P.D. Groß-Leipzig

Mitgliederversammlungen in allen Ortsvereinen
Bericht über die politischen Vorgänge

Heute Dienstag, abends 7 Uhr

- Alt-Leipzig: Pantheon
- L.-Thonberg: Gasthof Neureudnitz
- L.-Stötteritz: Papiermühle
- L.-Ost: Schützenhaus, Selterhausen
- L.-Connwitz: Gambrinus
- L.-Dölitz: Friedenseiche
- L.-Dölitz: Gasthof zum Stern
- L.-Möckern: Goldene Krone
- L.-Magwig: Wessendhallen
- L.-Schönefeld: Sächsischer Hof
- L.-Gohlis: Schillerschlößchen
- L.-Gutitzsch: Gohlischlößchen
- Böhlitz-Chrenberg: Große Eiche
- Deßlich-Gaugwitz: Linde, D. H. H.
- Gaschwitz: Feldschloß, Großstädteln

Mittwoch, abends 7 Uhr

- L.-Probstheida: Restaurant Julius
- Holzhausen: Restaurant Bahnhof
- L.-Mochau: Ratskeller

Donnerstag, abends 1/8 Uhr

- Mölkau: Restaurant Neue Welt

Zutritt zu allen Versammlungen nur gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches.
Der Hauptvorstand.

Chemische Düngemittel

Ihr Garten und Feld, in verschiedenen Qualitäten verkauft
Rudolf Müller
Merseburger Straße 3, *

Bücher aller Art erhalten die Leser unserer Zeitung vorstellbar durch unsere Buchhandlung. Wenn gewünscht nicht auf Lager ist, wird es schnellstens besorgt. Die Filialen und die Abnehmer der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen. Ferner **Zeitschriften** regelmäßig, täglich nach Erscheinen, zugestellt. Es wird gebeten, möglichst vor Beginn des Vierteljahres die Neubestellungen zu machen, damit auch die ersten Nummern des Vierteljahres von uns rechtzeitig zugestellt werden können.

Leipziger Buchdruckerei

Wittungsgesellschaft
Abt. Buchhandlung
Hauptgeschäft:
Leipzig, Tauchaer Str. 19/21

Filialen:
Volkshaus Leipzig, Jägerstr. 19

- Leipzig-Ost, Elisabethstraße 19
- L.-Lindenau, Obergärtnerstr. 1
- L.-Magwig, Weissenhofstr. 1
- L.-Kleinmünchen, Dietrichstr. 1
- L.-Schönefeld, Leipziger Str. 1
- L.-Thonberg, Reichenhainstr. 1
- L.-Stötteritz, Döb. Post-Str. 1
- L.-Connwitz, Bismarckstr. 1
- L.-Gohlis, Lindenauer Str. 1
- L.-Gutitzsch, Magdalenenstr. 1
- Deßlich-Leipzig, Hauptstr. 63
- Böhlitz-Chrenberg, Wettiner Str. 28

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Telephon 3426 | Telephon 3420
Bureau: Volkshaus, Jäger Straße 19, Eingang nur rechts, III. Etage.
Geschäftsstunden: von 9-12, 4-7 Uhr, Sonnabends 9-2 Uhr.

Handelsarbeiter u. Arbeiterinnen!

Donnerstag, den 25. März, abends 7 Uhr
Große Versammlung
im „Pantheon“, Dresdner Straße.

- Tagesordnung:
1. Stellungnahme zum neuen Lohn tariff.
 2. Gewerkschaftliches.
- Trotz der erschwerenden Umstände halten wir unseren Kampf um die Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufrecht. Die Kollegen sollten alles tun, um den letzten Mann zur Stelle zu bringen.
Deutscher Transportarbeiter-Verband,
Verwaltungsstelle Leipzig, J. A. B. Strecker.

Deutscher Textilarbeiter-Verband.

Donnerstag, den 25. März, abends 6 Uhr
Sitzung sämtlicher Vertrauensleute
in Stadt Lützen, Lindenau, Lützen Straße.
Auskunft in dringenden Fällen im Volkshaus, Zimmer 8, Elisenau, Braustraße 17.
Die Ortsverwaltung.

Metallarbeiter

Verband
Werkstätten:
Volkshaus, Jägerstraße 19
Telephon 3426
Geschäftsstunden: von 9-12, 4-7 Uhr, Sonnabends 9-2 Uhr.
Die Mitgliedschaft steht allen Arbeitern offen. Um die Mitgliedschaft zu erlangen, genügt es, wenn man die Beiträge innerhalb drei Tagen einlegt.

Graveure Die Versammlung am 26. März findet nicht statt.
Schmiede Freitag, den 26. März, abends 7 Uhr, im Feisenkeller, Magwig, Versammlung, Innungsbetriebe. Kollegen, erscheint alle.
Die Branchenleitung.

Dux-Auto, Wahren
Alle bei Dux beschäftigten und entlassenen Arbeiter, mit Ausnahme der in anderen Betrieben Beschäftigten, treffen sich am Mittwoch, den 4. März, in der Kasse in Wahren, Die Leitung.

Einheitsverband der Kriegsbeschädigten Deutschlands

Ortsgruppe Leipzig
Die für Mittwoch, den 24. März, angelegte Mitglieder-versammlung fällt aus.
Die nächste Mitgliederversammlung findet am Montag, den 12. April, abends 7 Uhr, im Vereinslokal „Drei Eichen“ statt.
Der Vorstand.

Radfahrer-Bund Solidarität, Abt. West.

Mittwoch, den 24. März:
Versammlung
im Goldenen Adler, Ringerstraße
Der Vorstand.

Touristenverein Die Naturfreunde

Mittwoch, den 24. März, abends 7 Uhr:
Monatsversammlung.
Donnerstag, den 25. März:
Ortsgruppenleitung und Führer-Sitzung.
Mittwoch, den 31. März, abends 7 Uhr:
Mitglied-Versammlung.
Vortrag: Die folgende Aufführung.
Wichtiges Erscheinen ist notwendig.
Der Vorstand.

Aufruchschäden

Alle baulichen Aufbruchschäden melde man möglichst mit näheren Angaben umgehend sowohl beim Rato der Stadt Leipzig als auch in der Geschäftsstelle des unterzeichneten Verbandes schriftlich an.
Verband der Hausbesitzer-Vereine Leipzigs
Schulstraße 8

Vor der neuen Tabak-Steuer

am 1. April 1920
kauft jeder Raucher zu Fabrikpreisen:
Rein Übersee-Mittelschnitt
loste ob. in 1/2 Packung in 8 od. 17 Stk. Koffi
per Pfund Mk. 28.—
Zigarren aus nur Übersee-Tabaken
hergestellt, abgelagert, moderne, große Facen, nur Qualitätsware, feine Ausstattung,
100 Stück Mk. 120.—
Versand mit Nachnahme-Zahlung.
Tabakfabrik Lehr, Lustadt (Pfalz).

Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Ortsverwaltung Leipzig
Volkshaus (Saalgebäude), Eingang Braustr. 17, durch den Garten. Geschäftszeit: 8-10 Uhr vorm., 12-1 Uhr nachm. Donnerstags u. Freitags 4-6 Uhr nachm.

Achtung, Vertrauensleute! Der Kursus Herr findet diese Woche nicht statt. Nächster Vortragabend Dienstag, den 30. März, abends 1/7 Uhr.
Die gewählten Wahlvorstände haben umgehend Namen u. Adressen dem Bureau mitzuteilen.
Sitzung der Ortsverwaltung Donnerstag, den 25. März, abends 1/7 Uhr, im Bureau.
Versammlung aller Ausschüsse und Vertrauensleute der städtischen Betriebe. Montag, den 20. März, abends 1/7 Uhr, in der Silberpappel.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Bureau im Volkshaus, Jäger Str. 19, II. Etage. Geschäftszeit: 9-12 Uhr vorm., 4-6 Uhr nachm. Sonnabends durchgeh. 9-3 Uhr. Teleph. 3427.
Zahlstelle Leipzig

Kollegen, die vom 6. bis 8. März arbeitslos wurden, bisher aber keine Arbeitslosenunterstützung erhalten, sollen diese am Mittwoch, den 24. März, vormittags 9 Uhr, im Restaurant Reichsgericht, Albrechtstraße 50, abholen.
Achtung, Bildhauer! Die Kontrolle der arbeitslosen Kollegen wird bis auf weiteres mit auf dem Parteilichen Arbeitsnachweis fürs Holzgewerbe, Mühlengasse 24, vorgenommen.
Die Verwaltung.

Metallarbeiter

Mittwoch, den 24. März, abends 6 1/2 Uhr
4 große Funktionärsitzungen

in folgenden Lokalen:
Osten: Silberpappel, Kirchstraße.
Westen: Wessendhallen, Zschocherische Straße.
Norden: Nidau-Ausshank, Elsbethstraße.
Zentrum-Süd: Gambrinus, Connwitz, Biedermannstraße.
Die Branchen nehmen an diesen Sitzungen teil.
Ohne Ausweis kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Betriebsrätegesetz nebst Wahlordnung

Preis 50 Pfennig.
Bestellungen nehmen entgegen
Leipziger Buchdruckerei A. G. (Abt. Buchhandlung)
und deren Filialen.

- Bebel am Schreibtisch**
Bebel-Porträt
Kunstblatt
Bildgröße 30/40 cm
Kartongröße 60/80 cm
Preis 3.50 M.
mit Versand u. Porto 4.25 M.
Leipziger Buchdruckerei A. G.
Abteilung Buchhandlung
Leipzig, Tauchaer Str. 19/21.
Postcheckkonto Nr. 5347.
Die Abnehmer und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.
- Johann Gottfried Seume**
Ein literarisches Porträt.
Ausgewählte Werke Seumes herausgegeben u. eingeleitet von Wilhelm Hausenstein.
Preis geb. 7.00, brosch. 8.00.
Leipziger Buchdruckerei A. G.
Abteilung Buchhandlung
Leipzig, Tauchaer Str. 19/21.
Postcheckkonto Nr. 5347.
Die Abnehmer und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.
- Politische Parteien und Verfassungskämpfe in Sachsen**
von der Märzrevolution bis zum Ausbruch des Nationalaufstandes 1848-1849 von Dr. Curt Goyer
Preis broschiert 3.— Mark
Leipziger Buchdruckerei A. G.
Abteilung Buchhandlung
Leipzig, Tauchaer Str. 19/21.
Postcheckkonto Nr. 5347.
Die Abnehmer und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Zentral-Verband der Maschinisten und Heizer

Den arbeitslosen Kollegen machen wir hierdurch bekannt, daß morgen Mittwoch, den 24. März, vorm. 9 Uhr, die rückständige Arbeitslosenunterstützung von voriger Woche im Restaurant von Moritz Haupt, Leipzig, Süßstraße 24, ausbezahlt wird.
Den gefamten Mitgliedern zur weiteren Kenntnisnahme, daß die Verwaltungsgeschäfte noch einige Tage unterbrochen werden müssen, bis ein anderes Arbeitsbureau eingerichtet ist. Die Aufnahme der Verwaltungsgeschäfte und das Lokal werden dann noch bekannt gemacht.
Dringende Sachen, wie Erwerbslosen- und Sterbeunterstützung, werden am obigen Tage, nachmittags von 8 Uhr an, im selben Lokal erledigt.
Die Ortsverwaltung.

Turnverein „Eiche“ Leipzig

Unseren Vereinsangehörigen zur gef. Kenntnis, daß ab Dienstag der Turn- und Sportbetrieb in allen Abteilungen wieder aufgenommen wird.
Der Hauptvorstand.

Achtung! Gastwirte - Kantinen - Private.

Jetzt ist es noch Zeit, vor der Steuer einzubeden!
Biete an: **Zigarren - Uebersee-Tabake.**
Restposten von 100-500 Stk., Preisliste 55-150.
Ware teils 2-3 Mon. gelagert, somit Angebot günstig.
Rauchtak-Uebersee Bld. 28 Stk. Mittelchnitt.
Karl Appenrodt, Tabakfabrikate en gros, Elisenstr. 10, I.
Zigaretten
Deutsche, englische, ägyptische, türkische preiswert
Zigaretten-Großhdlg. Katharinenstr. 17.

Zigaretten-Grosshandlung

Albert Heinze, Leipzig
Markt 9, III. Etage.
Ständig größtes Lager - Billigste Bezugsquelle
garantiert rein, hell, von 15 bis 28 Pfg.
Deutsche Zigaretten
Echte Schweizer Stumpfen, Zigarillos von 50 Pfg. an
ff. Zigarren von 60 Pfg. an, la. Kautabak 100 Pfg.

Balsamwangen

Goruhaut, Schwielen u. Wurzeln befeuchtet das bestenfalls.
Kukirol. Kukirol ist in allen Apotheken und besseren Drogerien zum Preise von 2.— Mk. erhältlich.
König-Salomon-Apotheke, Grunmühlische Str. 17.

Natur-Spezialbehandlung

von offenen Wunden, Krampfadern, Krampfadernerschwürfen, Ekzem, Flechten usw. nach Dr. Strahls Methode behandelt.
Fräulein Reihart, Leipzig,
Zeilner Straße 7. Tel. 9580.
Schutzmarke. Sprechzeit 9-12 u. 2-5, Sonntags 9-12.

In einer Stunde Läufe

vertilgen Sie Kopie, Filly unter auch Fische samt Brut (Rissen), bei Menschen und Tieren mit „Eckold“ für Wunden ungeschädigt. **Ungeziefer-Vertilgungs-Anstalt, Filiale Leipzig,** Verkauf Schillerstraße 12 Gohlis, Neuhäuser Straße 37. **Abonnenten** berücksichtigt bei Euren Einkäufen die Interessen der Leipziger Volkszeitung

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 23. März.

Parteiangelegenheiten.

Malkomitee.

Alle Aufschriften, Veranstaltungen für die diesjährige Malfeier...

Volkmarshaus. Diejenigen Genossen, die sich zur Einwohnerwehr...

Funktionäre: Freitag, abends 7 Uhr, Sitzung bei...

Die Genossen von Neustadt und Neuschönefeld, die gewillt sind...

Die geschädigten Gewerkschaften haben Mittwoch, den 24. März...

Ein reaktionärer Vorstoß im Stadtparlament.

Eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten; außerordentlich die äußere Aufmachung, außerordentlich der Inhalt...

War schon die äußere Aufmachung der außerordentlichen Sitzung charakteristisch, so war es der Inhalt noch viel mehr...

Die von den Militärs gezeugte und vom Bürgerausschuß kommandierte Reaktion will aber das Gegenteil dieser Forderungen...

Die Vernichtung des Volkshauses.

Es haben sich uns weitere Zeugen zur Verfügung gestellt, die bereit sind, unter ihrem Eid auszusagen...

Zu dem Kapitel Plünderung wird uns noch geschrieben: „In dem großen Gebäude der Leipziger Feuer-versicherung am Dittichring lagen am 15. März 400 Soldaten mit ungeheuren Mengen von Munition...

Ein Leser schreibt uns noch: Nach peinlichster Untersuchung auf Waffen und gegen „gehässigen“ Ausweis war es mir vergönnt, als einer der wenigen durch blühende Rohrkolben nach dem Hotel Astoria, Bildergalerie, zu gelangen...

Zur Plünderung des Volkshauses

werden uns noch von einem Augenzeugen nachstehende Angaben gemacht: Zwei Arbeiter-Samariter, Vater und Sohn, waren die letzten, die im Volkshaus ihres Amtes walteten...

Von den Kämpfen in Mäckern.

Die Leipziger Neuesten Nachrichten schwindelten dieser Tage, in Mäckern wäre am Mittwochabend ein mit Reichwehrtrouppen besetztes Auto überfallen worden...

Wie Leipziger Bürger behandelt wurden.

Am Sonnabendabend wurden in der Marktgrabenstraße zwei harmlose Bürger von Reichwehrtrouppen festgenommen. Man brachte sie in ein Banquergebäude, wo sie die Hände hochheben und sich an die Wand stellen mußten...

Die Opfer.

Der Arbeiter-Samariter-Bund schreibt uns: Nach der Bekanntgabe, daß Montag die Arbeit wieder aufgenommen wird, haben wir unsere Wachen am 20. März 1920 aufgelöst...

Zu der Erschießung des Genossen Richard Schröder schreibt uns ein Augenzeuge: Kurz nachdem Genosse Schröder den verhängnisvollen Schuß abgeben hatte, gelang es mir unter eigener Lebensgefahr zur Gottschalkstraße vorzudringen...

Neue Anordnungen des Militärbefehlshabers.

Generalmajor Senft v. Pilsach hat aus Grund des Belagerungszustands alle Versammlungen unter freiem Himmel, Demonstrationen und Umzüge aller Art untersagt...

Stratoneen und Umzüge aller Art untersagt. Versammlungen in geschlossenen Räumen bedürfen vorheriger Anmeldung und Genehmigung durch die örtlichen Polizeibehörden...

Die Verfügung vom 21. 3. 1920 ist wie folgt geändert: Bis die Bekleidung der Opfer der vergangenen Kämpfe erfolgt ist, sind öffentliche und private Tanzveranstaltungen verboten...

Der private Berufsverkehr innerhalb des Stadtgebietes ist vom 20. 3. 8 Uhr vormittags ab wieder unbeschränkt, nach auswärts vom gleichen Zeitpunkt ab für alle Stellen unter gewissen Beschränkungen gestattet...

Hausdurchsuchungen nach Waffen

wurden schon am Sonntag vorgenommen. Der Militärbefehlshaber hatte bestimmt: Vom 21. März, vormittags 6 Uhr an, darf niemand mehr Waffen in der Hand oder in seiner Wohnung besitzen...

Gibt die Schulen frei! Die Wirkungen des kaiserlichen Staatsstreiches bekommen auch die Kinder zu spüren. Die Wiederaufnahme des Schulunterrichts ist in manchen Schulen vom Schulleiter und Lehrerrat für Dienstag und Mittwoch angeordnet worden...

Schwere Mißhandlungen der gefangenen Arbeiter. Die in der Uranenlaserne eingelieferten Arbeiter und Vertrauensleute der Arbeiterkassen sind schwersten Mißhandlungen ausgesetzt...

Veränderungen im Stadtverordnetenkollegium. Der rechtssozialistische Stadtverordnete und ehemalige Arbeiterführer Otto Wollau scheidet in Kürze aus dem Stadtverordnetenkollegium, um als beurlaubter Stadtrat nach Wien zu überziehen...

Kohlpreiserhöhung. Der Rat gibt die Erhöhung der Preise für Kohle aus den städtischen Gaswerken bekannt. Das Nähere ist aus der heutigen Bekanntmachung zu ersehen.

Die Arbeitslosenunterstützung wird vom 24. März ab im Hotel Palmbaum, Gerberstraße, ausbezahlt.

Wiederaufnahme des Straßenbahnverkehrs. Am Montagmorgen verkehrte bereits die erste Linie der elektrischen Straßenbahn. Die Verbindung von Süden nach Norden (Linie 10, 12, 16) war zuerst wieder hergestellt...

Wiederaufnahme des Leipziger Börsenverkehrs. Wie wir hören, ist in Aussicht genommen, die offiziellen Notierungen an der Leipziger Börse erst am Freitag, dem 26. März 1920 wieder auszusprechen.

Die Straßenkampfschäden. Der Verband der Hausbesitzer-Vereine Leipzigs fordert dazu auf, alle baulichen Schäden sowohl beim Rate der Stadt Leipzig als auch in der Geschäftsstelle des Verbands, Schulstraße 8, schriftlich anzumelden...

Wann war der Krieg beendet? Friedensschluß und Friedensende spielen in Verträgen häufig eine bestimmte Rolle. Ueber die Auslegung der beiden Begriffe in Sinne rechtsgerichteter Erklärungen spricht sich jetzt eine besondere Verordnung der Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats und des Ausschusses der Nationalversammlung aus...

Vertreibung der Ratten. Um die Verbreitung der Ratten in der Stadt wirksam entgegenzutreten, werden in den städtischen Kanälen und längs der Wasserläufe von Zeit zu Zeit Vertreibungsmittel ausgelegt. Die nächste Vergiftung soll von Montag, den 1. März 1920, an erfolgen...

Vermisst wird seit Freitag Genosse Paul Müller, Maurer, wohnhaft Braustraße 6, eine Treppe links. Er hat sich Freitag nachmittag aus seiner Wohnung entfernt und ist bisher nicht zurückgekehrt. Alle Nachforschungen nach ihm in Leipzig in den Krankenhäusern usw. waren vergebens. Müller ist 1,05 Meter groß und trägt umgearbeiteten Militärmantel, braune Weste mit weissen Streifen, Barockhemd, gemaltes G. M., Militärschuh und Militärrad.

Ein Paar braune Handschuhe sind am Freitag nach der Versammlung im Albertpark gefunden worden. Sie können im Angerschlößchen, Zweinamborfer Straße, abgeholt werden.

Wiederbildungs-Anstalt. Die Vorstellung im Alten Theater findet heute abend nicht statt.

Lebensmittelliste für Mittwoch, den 24. März.

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Fleisch: abzugeben H 1-10, H 1-5.
Kartoffeln: abzugeben Kartoffelmarken F 4/F 4 und F 5/F 5 für 30. März bis 12. April (je fünf Pfund).
Ausgabe. Kohlenkarte: Nr. 1401-1600.

Aus dem Stadtverordnetenjaal.

Die Eröffnung der außerordentlichen Sitzung herrschte eine heftige Unruhe im Kollegium über die Anwesenheit eines Zeitfreiwilligenoffiziers auf der Tribüne, um dienlich den Verhandlungen beizuwohnen. Der Offizier verließ aber vor Beginn die Tribüne. Der Vorsitzende Seeger hob zunächst hervor, daß die bedeutendste Lage, in der Leipzig sich am Sonntag befand, ihn bewegen habe die Sitzung einzuberufen. Die Kämpfe seien zwar abgebrochen und Scheinbar komme das Wirtschaftsleben in Leipzig wieder in normalen Gang. Aber man könne sich auch täuschen. Es sei verfehlt, die Kämpfe für sich als örtliche Angelegenheit zu betrachten, sondern müsse sie in Zusammenhang bringen mit den politischen Verhältnissen, wobei nicht abzusehen sei, wie sich die Dinge im Lande und welche noch gestalten werden. Man wisse noch nicht, welche neuen Verhältnisse noch bevorstünden. Im Kollegium müßten dringende alle Vorkehrungen getroffen werden, um die Wiederkehr solcher blutiger Kämpfe zukünftig zu verhindern. Es sei von ihm keine Phrase gemeint, als er gesagt habe, es müßte jedes Mitglied mitarbeiten, die Macht zurückzubringen, die es unmöglich macht, ein normales Leben zu entfalten. Dazu wäre die Aufhebung des Belagerungszustandes unbedingt notwendig. Genosse Seeger gab eine gedrängte Schilderung der bekannten Vorgänge und kam auf die notwendigen Maßnahmen zu sprechen, die zur Zeit das Kollegium anzuführen hat. Die Arbeiterschaft habe erst am Freitag früh in den Versammlungen den Friedensvertrag beraten können. Ein General habe nicht das Recht, auf eigene Faust den Belagerungszustand zu verändern. Nach der Verfassung sei das Sache der Reichsregierung. In Ausnahmefällen könne eine Bundesstaatsregierung das tun, aber kein General. In materieller und rechtlicher Beziehung war das Vorhaben unbedeutend. Die Kämpfe am Donnerstag wären zweifellos dadurch wesentlich beeinflusst worden. Das Verhängnisvolle sei aber das Zusammenstoßen und Anhalten des Volkshauses gewesen, als auch der Privathäuser. Ich will — so führte der Vorsitzende aus — keine moralischen Betrachtungen antizipieren; aber welche Saart daraus erwachsen wird, wird die Zukunft lehren. Das eine müssen wir sagen: wenn nicht alles getan wird, um allen Schichten der Bevölkerung — ich betone das ausdrücklich — die Ruhe und Sicherheit des Lebens und Eigentums zu gewährleisten, dann werden Folgen eintreten, die niemand wünscht. Die Schaffung der Einwohnerwehr muß schleunigst vorgenommen werden. Sobald das der Fall ist, ist das Militär überflüssig. Dann erst wird wirklich Ruhe eintreten und damit die Verhandlungen für ein geordnetes Wirtschaftsleben.

Genossin muß die Forderung nach sofortiger Aufhebung des Belagerungszustandes gestellt werden. Es ist unerhört, daß die Militärbehörden einfach ausgeschaltet sind von einem Militär, der in militärischen Fragen sicher Befehl hat, aber offenbar im politischen und wirtschaftlichen Leben keine andere Meinung hat als wie zu kommandieren, einfach zu kommandieren: Jetzt müßt ihr auf Arbeit gehen! Auf das Wirtschaftsleben kann man nun nicht einfach die Wafer übertragen. Wenn die Einheit nicht bald kommt, werden wir noch viel Schlimmeres erleben als bisher. Das Wirtschaftsleben in Deutschland und auch in Leipzig ist außerordentlich erschwert und jede Behinderung ist soziale Kämpfe der schwersten Art aus. Freiheit ist die erste Bedingung zum Aufstieg. Der Redner kam auf die Verfassungen zu sprechen, die auf Grund von Demoralisationen erfolgen, und betonte, daß dadurch die schwersten Erschütterungen entstehen müßten. Die Zurückziehung des Militärs sei deshalb die notwendigste Forderung. Wenn die Rechnungen aufgestellt werden für den angeschätzten Schaden, dann will es niemand gewesen sein; dann verdeckt man sich hinter den kommandierenden General. Das ist wirklich kein Ruhmesblatt für Leipzig. Eine schwere Missetat der Stadtverordneten sowie des Rates sei in der Befehlsgebung des Rathes zu erleben. Der General bestimme einfach, daß nur 30 Tribünenplätze ausgegeben werden. Sogar in das Vorsteheramt waren die Soldaten eingebracht. In keinem Parlament habe die Regierung etwas zu sagen, einzig das Präsidium bestimme darüber. Es sei unerhört, daß die Stadtverordneten wie Döberitz durch die kleine Partei schilligen müßten. Haben die Ratmitglieder dafür keine Empfindung? Es ist ein unerhörter Zustand, daß ein Rathaus so zu einer Kaserne umgewandelt wird. Vom Rathaus aus wird immer gesagt: wir haben keine Räume mehr, und jetzt stehen drei Viertel des Rathauses belegt mit Militär. Ob das im Interesse der Stadt liegt, müsse man sehr bezweifeln. In einer Stadt aber, wo die Bürger sich etwas auf sich halten, müßten sie solche Dinge bekämpfen, das Parlament und sein Haus als Freistätte betonen. Sie aber — wenn eine andere Auffassung zu haben. Verhängnisvoll muß es wirken, wenn Krieg geführt wird gegen eine Klasse in der Bevölkerung. Sie nehmen eine große Verantwortung auf sich, und ich warne Sie, die Dinge auf die Spitze zu treiben. Ihr Interesse müßte sein, Ruhe und Sicherheit jedes einzelnen Einwohners zu schützen, aber auch seine Freiheit.

Stadt. Dr. Jund (Dem.) bezeichnete die Rede des Vorsitzenden als eine solche seiner Partei. Er gab dann folgende Erklärung ab:

Die bürgerlichen Parteien sind bis auf die denkbare äußerste Grenze des Untergangskommisses gegangen. Alle bürgerlichen Parteien haben in der Stadtverordnetenversammlung am 17. März unter schwersten Bedenken, nur um weiteren Bergleihen kostbaren Blutes zu vermeiden, die zehn Punkte der von Dr. U. S. V. vorgelegten Forderungen als Grundlagen für die Beratung des aus Stadtrat und Stadtverordneten zusammengesetzten Ausschusses anerkannt. In der Nacht vom 17. zum 18. März ist die vom Vertreter des sächsischen Staatsministeriums, dem militärischen Befehlshaber und dem Führer der U. S. V. genehmigte Vereinbarung, die ebenfalls zehn Punkte enthält, aber anderen Inhalts als die in der Stadtverordnetenversammlung angenommenen Vorschläge, getroffen worden. In ihr war ein Waffenstillstand vereinbart.

Die bürgerlichen Parteien sind der Ansicht, daß diese Vereinbarung von der bewaffneten Arbeiterschaft nicht beachtet oder nicht eingehalten worden ist. Zu den vom Führer der U. S. V. erwähnten Verhandlungen ist es nicht gekommen oder sie sind abgebrochen worden. Punkt 2 Uhr am 18. März, wie erwähnt ist, erfolgte die Wiederaufnahme des Feuergefechts durch die Arbeiterschaft an mehreren Stellen. Die Erwerbung des Feuers durch die Truppen wurde längere Zeit zurückgehalten.

Die Voraussetzungen, unter denen die bürgerlichen Parteien ihren entfangenen Beschluß vom 17. März getroffen haben, sind zusammengebrochen. Er gilt heute nicht mehr. Die Verantwortung trifft uns nicht.

Wir bürgerlichen sind weit entfernt, und hier scheiden sich unsere Wege, unsere Truppen die Schuld beizumessen. Das Zeitfreiwilligenregiment hat sich insbesondere mit Leben, Blut und unerbittlichen Anstrengungen für die Regierung vorbehaltlos eingesetzt, die zu fünf Schüssen aus Mitgliedern der Partei besteht, deren einer

Vertreter in diesem Saale so scharfe Worte gesprochen hat. Der dies Eintreten für die Regierung leugnen wollte, der fälschte die Geschichte. In diesem Zusammenhang ist es mir besonders bedauerlich, daß der Punkt 10 der von uns angenommenen Forderungen, der davon spricht, daß der Generalstabschef wieder aufgenommen werde, wenn die Truppen erneut für die Gegenrevolution Partei nehmen sollten, so ausgelegt worden ist, als seien damit die der gegenwärtigen Regierung treu ergeben gewesenen Truppen mit einbezogen. Das hat gewiß kein Bürgerlicher gemeint.

Es wird die Zeit kommen, wo auch die Arbeiterschaft sehen wird, was das Zeitfreiwilligenregiment für sie getan hat, und wo dann der heutige Hof, den ich nur als pathologisch ansehen kann, verschwinden wird.

Kein Wort gehe aus meinem Munde, das gegen die Arbeiterschaft gerichtet ist. Der Abbruch des Kampfes ist schließlich schmerzhaft gewesen, als ich zu hoffen gewagt habe, und es ist nur zu bedauern, daß die vernünftige Verständigung der U. S. V. D. und S. V. D. vom 10. März offenbar nicht rechtzeitig genug in die Masse der Arbeiterschaft gedrungen ist. Aber das eine möchte ich sagen: möge die Arbeiterschaft Sorge tragen, daß nicht diejenigen an ihren Hochschulen hängenbleiben, die kein Recht haben, den Ehrennamen Arbeiter zu führen.

Wir geben und keiner Täuschung darüber hin, daß der soziale Gedanke einen argen Stoß erlitten hat, und für jemanden, der, wie ich, sein ganzes Genußvermögen für diesen Gedanken hingibt, ist diese Tatsache eine der bedauerlichsten Folgen der unglücklichen Tage. Wir stehen nicht nur vor äußerlichen Trümmern, das wäre zu verkümmern, sondern vor einem Trümmerhaufen der feinsten ethischen Beziehungen zwischen den Volksgenossen. Diese müssen wieder zu knüpfen, wird nicht so leicht sein.

Stadt. Jagen (Mehrheitslos.) sprach zunächst seine Verwunderung über den Umfall der Bürgerlichen aus. Die Ausführungen des Vorsitzenden, die höchst sachlich waren, hätten eine unberechtigte Unruhe hervorgerufen. Die große Zahl der Arbeiterschaft ist zunächst in die Defensive gedrängt worden. Nun rufen die Bürgerlichen von ihrem einstimmig gefassten Beschlusse ab. Am Mittwoch habe er geglaubt, daß auch die Bürgerlichen zum Teil befreit seien. Jetzt stimme Jund ein hohes Lob auf die Arbeiter an, um ihnen nicht wehzutun. Er hat die Arbeiter nicht absichtlich belastet, aber einen Teil von ihnen. Aber manchmal verfehlen die Arbeiter die Dinge besser als Herr Jund. Nach der Vernehmung des Volkshauses müßten die bürgerlichen Vertreter die Empfindungen der Arbeiter noch besser kennen. Glauben Sie alles himmelhoch preisen zu können und der anderen Seite alle Schuld zuzuschreiben. In der Öffentlichkeit werden die Worte wohl verstanden werden. Der Redner schloß die Vorträge in der siebenköpfigen Kommission. Die Differenzen seien vornehmlich dadurch entstanden, daß der Polizeidirektor mitstimmen wollte. Stimmberechtigt aber waren doch nur die gewählten Vertreter. Nach der Vernehmung der Lage zugunsten des Bürgerrechts habe auch der Stadtrat seine Mitarbeit verlangt. Auch nach der Auffassung des Oberbürgermeisters habe der Ausschuss auf Grund der veränderten Verhältnisse keine Verhinderung. Aber der Ausschuss müßte das Recht der Stadtverordneten wahren. Es sei alles versucht worden, den Wünschen des Oberbürgermeisters und des Polizeidirektors näher zu kommen. Mit dem Polizeirat Engelbrecht sei schließlich eine Verständigung über die Verhältnisse zustande gekommen. Das Votum wurde in Druck gegeben, konnte aber nicht angehängt werden, da der Oberbürgermeister das Anhängen verbot. Die Beschlüsse des Kollegiums sind absichtlich sabotiert worden. Ministerielle Verfassungen stehen der Bildung der Einwohnerwehr entgegen. Der Rat aber ist nur beeinflusst durch die Verklebung der politischen Machtverhältnisse. Aber diese sind heute im Reich noch unklar, so daß man noch mit ganz anderen Katastrophen rechnen muß. Es könne dahin kommen, daß das Wirtschaftsleben erst in Jahren wieder aufgeben werden kann. Und deshalb dürfe man die primitiven Rechte der Arbeiter nicht mit Füßen treten. Der Redner schloß seine persönlichen Eindrücke beim Brand des Volkshauses und kam zu dem Schluß, daß das Feuer absichtlich angelegt worden ist. Er ersuchte das Kollegium, alles zu tun, um das an der Arbeiterschaft begangene Verbrechen wieder gutzumachen.

Stadt. Seinge (W. V. U.) stellt sich auf den Boden der Erklärung der Demokraten, namentlich was den Passus über die Zeitfreiwilligen betrifft.

Stadt. Wölg (W. V. U.) wandte sich gegen die Darstellungen von Jagen. Die Regierungserklärung habe die Situation vollkommen verändert.

Stadt. Werner (Dnat.) gab folgende Erklärung zu den zehn Punkten ab: Von den bekannten zehn Forderungen der Arbeiterschaft, denen nach den Votaten vom 18. März die sächsischen Kollegien zustimmen haben sollen, erfahren wir erst unmittelbar vor der Vollziehung in einer Vorbesprechung. Wir waren und sofort darüber klar, daß wir den Forderungen unter keinen Umständen zustimmen könnten. Insbesondere sprach einer von uns die Empörung aus über das Wort „erneut“ in der letzten Forderung: „Wiederaufnahme des Streiks, wenn die Truppe erneut die Gegenrevolution unterstüzt.“ Wer dieser Forderung zustimmen würde, würde unsere Zeitfreiwilligen, denen alle Fraktionen des Hauses tiefen Dank schuldig sind, der Gerechtigkeit beschuldigen. In der Vollziehung wurde außer den zehn Forderungen ein zweiter dringlicher Antrag verlesen, der die Einsetzung eines Ausschusses forderte, der auf Zeit dem Polizeidirektor zur Unterstützung dienen und vorläufig die Stadtregierung übernehmen sollte. Die erste Ausschussfrage beschäftigte sich, abgesehen von der Rede eines unabhängigen Führers zur Begründung der zehn Punkte, fast ausschließlich mit der Ausschussfrage. Der Herr Oberbürgermeister erklärte, daß die sehr fragliche Uebereinstimmung dieser Forderung mit den Vorschriften der Reichsverfassung gepreßt werden müßte; der Herr Polizeidirektor, dem übrigens in Bezug auf die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung das Stadregiment unbedenklich zukommt, erklärte, er könne nur dankbar sein, wenn ein Ausschuss gebildet würde, der mit ihm die Verantwortung zu teilen bereit sei. Unter diesen Umständen glaubten wir uns freizumachen Bedenken zurückstellen und für Einsetzung des Ausschusses stimmen zu dürfen. Bei der Abstimmung waren die im Saale noch anwesenden deutschennationalen Stadtverordneten treulich der Meinung, die Fragestellung des Vorsitzenden bezog sich lediglich auf den Ausschuss. Wohl kann und ein Mangel an Aufmerksamkeit vorgeworfen werden. Wir bitten aber, zu bedenken, in welcher Erregung die Verhandlungen und die Abstimmung vor sich gingen. Bei der Abstimmung waren nur noch drei unserer Kollegen anwesend. Zwei, die im Westviertel wohnen und nur unter großen Schwierigkeiten den Weg zum Rathaus gefunden hatten, verließen die Sitzung mit Zustimmung der drei Zurückbleibenden vorzeitig, weil ihnen von berufener Seite mitgeteilt wurde, daß ihre Wohnhäuser in unmittelbarer Anfahrgefahr seien.

Sie hätten mit der Appregierung nichts zu tun gehabt. Er hätte nochmals dem Militär seinen Dank ab. Leipzig wäre sonst ein Trümmerhaufen geworden. In Gohlis sei ein Volkshaus von einem russischen Juden erschossen worden. Die Ausarbeitung einer Räterepublik stand bevor.

Vorsitzender Seeger wünschte die sofortige prinzipielle Stellung über die Anwesenheit des Zeitfreiwilligen-Oberleutnants Graf im Jägerbataillon, der im dienstlichen Auftrag der Sitzung beizuwohnen. Er habe den Auftrag und die Genehmigung, als Pressekorrespondent des Zeitfreiwilligenregiments den Verhandlungen zu folgen. Der Oberkommandierende des Rathauses, auch einen solchen Posten gab es, habe dem Oberleutnant Graf die Erlaubnis erteilt, der Stadtverordnetenversammlung beizuwohnen zu können. Das Kollegium müsse sich schlüssig werden, ob es unter solchen Umständen weiterarbeiten will oder nicht.

Genosse Viehmann beantragte, die Sitzung auf kurze Zeit zu vertagen, um Stellung zu nehmen.

Stadt. Jund bewachte, daß überhaupt die Sitzung öffentlich sei. Die Sitzung wurde dann vertagt.

Stadt. Vollenber teilte mit, daß sich der Militärauftragte wieder entfernt habe.

Viehmann stellte dann den Antrag: „Das Kollegium muß für sich das Hausrecht über den Saal und die Tribüne in Anspruch nehmen. Das Kollegium erklärt, daß es unter der Aufsicht eines Beauftragten des Militärs nicht weiterarbeiten dürfte. Für die Zukunft wird

das Kollegium keine Beschränkungen in der Befehlsgebung der Tribüne bei öffentlicher Sitzung gefallen lassen.

Stadt. Jund betonte, man könne in die Befehlsgebung des Generals nicht eingreifen.

Vorsitzender Seeger erklärte, daß Kollegium keine Beschlüsse, daß in sein Hausrecht nicht hineingegriff werden darf. Wenn der General mit Gewalt vorgehen glaube, müsse sich das Kollegium vorbehalten, weiterzutagen oder nicht.

Der Antrag Viehmanns wurde gegen 14 Stimmen angenommen.

Stadt. Herz (Dem.): Die bürgerlichen Parteien haben gegen zwei Fronten zu kämpfen, gegen das Bürgertum und die Linke. Das Votum „An die Bevölkerung Leipzigs“ sei vorzeitig gewesen. Die Linke Seite führt durch ihre Vereinnahmung schließlich den Kampf gegen die verfassungsmäßige Regierung. Die Entwicklung hat sich verschoben. Noch am Mittwoch glaubten wir an einen christlichen gemeinsamen Kampf gegen die Reaktion. Aber der Kampf dagegen war eine Vorfrage. Ich hätte nie für eine Einwohnerwehr gestimmt, wenn die Arbeiterschaft überwiegenden Einfluß haben soll. Herz kam auf die Forderung des Volkshauses zu sprechen, die er im Namen seiner Fraktion tief bedauere. Der Anfang einer proletarischen Kultur sei das Volkshaus gewesen. Die bewaffneten Arbeiter kämpften gegen die verfassungsmäßige Regierung. Der Ausschuss von rechts sei durch den Ausschuss von links abgelöst worden.

Stadt. Sauer (Dem.) sprach für Verständigung. Mitarbeiter und Hof müßten aufhören.

Genosse Seisinger: Auf Grund der veränderten Machtverhältnisse nehmen die Bürgerlichen heute eine andere Stellung ein. Er kam auf den Friedensvertrag zu sprechen und betonte, daß alles still aufgeföhrt werden sei, nicht weiterzuschicken. Es sei ausdrücklich mitgeteilt worden, daß die ganze Bewegung nur den Zweck habe, die Appregierung zu stützen und die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. Ein anderes Ziel bestand nicht. Man habe grüßlich gemacht mit der Rätebewegung. Hätten die Zeitfreiwilligen erklärt, in der Bekämpfung der Appregierung sind wir Vorbild, dann wäre keine Festschließung geschlossen worden. Der Friedensvertrag war so, daß beide Teile ihn annehmen könnten. Aber der Kampf durfte nicht durch einen militärischen Befehl abgebrochen werden. Durch die paar Beschlüsse wurden die Vereinbarungen nicht zerstört. Beide Teile haben den Vertrag gebrochen, aber kein Grund zum Abbruch war vorhanden. 10 Versammlungen hatten sich für die Annahme erklärt und 10 waren dagegen. Seisinger kam auf die Einwohnerwehr zu sprechen und bemerkte, daß es sich nicht um eine regellose Bewaffnung der Arbeiter handle, sondern um eine geordnete. Der Gründung solle gesetzlich nichts im Wege sein. Es heißt nur, daß nur politisch bewährte Leute aufgenommen werden sollen. Das könne man wohl von den Zeitfreiwilligen nicht sagen. (Zuruf: Fortbildungslehre! Konfirmanden!)

Oberbürgermeister Dr. Nohe kam zunächst auf die Vorträge der Mittwochssitzung zu sprechen. Die Kommission habe von 11 bis 14 Uhr früh getagt, um den Friedensvertrag festzusetzen. Nach der fünfständigen Sitzung waren wohl alle der Meinung, daß in Leipzig am Morgen Ruhe eintreten werde, daß der Waffenstillstand eingehalten und der Streik abgebrochen werden soll. Diese Hoffnung sei aufgegeben worden, weil der Vertrag nicht angenommen worden sei. Das Verhängnis sei gewesen, daß der Streik nicht abgebrochen wurde. Am Augustplatz hätten bewaffnete Arbeiter um 12 Uhr den Waffenstillstand gebrochen, das sei einwandfrei festgestellt worden. Er habe sich sofort mit Minister Schwarz telefonisch in Verbindung gesetzt, dieser habe ihm aber erklärt, er könne nichts mehr erreichen. Er sei tief unglücklich gewesen, daß seine Mission gescheitert sei. Die Sache müsse weitergehen. Nach dieser Erklärung, die auch den Militärs bekannt war, entbrannte der Kampf wieder. Am nächsten Morgen war es zu spät, das Militär stellte neue Bedingungen. Dr. Nohe kam auf die Verlegung des Ministeriums zu sprechen und erklärte, daß sich der Rat diesen Maßnahmen zu fügen habe. Wir hätten dort das „Gesamministerium“. Stellt sich die Ausnahmezustand selber aufgehoben als wir denken. Er habe gesagt, die Kommunisten hätten sich an die Sühneordnung. Die Kommission habe nicht für nötig befunden, die Beschlüsse dem Rat zu unterbreiten. Das Votum hat dem Rat nicht vorgelegen. Das war also eine private Kundgebung von Mitgliedern. Auch bedürften die Beschlüsse der Genehmigung des Kommandierenden. Das Votum konnte nicht angehängt werden, weil es gegen die Militärschritte des Ministeriums verstoße. Erst muß Arbeit geklärt werden. Dr. Nohe sprach über den Brand des Volkshauses und der beiden Villen. Er habe mit den Gewerkschaftsbeamten eine Konferenz gehabt. Die Tätigkeit der Gewerkschaften sei eine öffentliche Notwendigkeit. Es sei ein unverzügliches Tatsachen von 1 Million gewährt worden auf drei Monate. Das Votum über die Schule in Connewitz werde den Gewerkschaften zur Verfügung gestellt werden.

Stadtrat Graf erklärte, sein Austritt aus der Kommission beruhe darauf, daß die Beschlüsse ohne Zustimmung des Rats gefaßt worden sind. Die Herren von der Linken wollen uns nicht verstehen, so lange sie kein in dem mit den Kommunisten gehen.

Stadt. Jermolow (Dnat.) verlas zwei Erklärungen der Bewohner aus den beiden angeschützten Villen und verurteilte den Beweis zu führen, daß nicht aus den Villen geschossen worden sei.

Polizeidirektor Dr. Rudig verwahrte sich gegen den Vorwurf, den Ausschuss sabotiert zu haben. Über den Brand des Volkshauses führte er aus, daß die Arbeiter die Feuerwehr am Bischen verheeren hätten. Zweifellos wäre es möglich gewesen, einen Teil des Gebäudes zu retten. Die Arbeiter hätten gerufen: „Laßt das Haus anbrennen. Das Volkshaus ist angeschützelt worden, da können auch die andern Gebäude niederbrennen.“ Der Angriff gegen die Polizei, daß nicht gegen den Barricadenbau eingeschritten worden ist, ist unbedeutend. Im Namen des Rates sprach er den Polizeimannschaften und der Feuerwehr seinen Dank aus.

Stadt. Wölg sprach gegen Prof. Herz. Von der Reichswehr und den Zeitfreiwilligen sei eine bestimmte Erklärung über ihre Stellung nicht zu erhalten gewesen. Sie hätten sich lediglich bedingt zu erklären, daß sie für Ruhe und Ordnung eintreten. Das Militär müßte am Sonntag aufhören zu kämpfen. Das Volkshaus ist planmäßig angeschützelt worden. Es ist nicht als Selbstmord genommen worden, sondern planmäßig niedergebrannt. Auch aus den Villen sei geschossen worden, er habe einwandfrei Beweise dafür. Bei der Bildung der Einwohnerwehr müßte die Rechte unter allen Umständen damit rechnen, daß die Arbeiterschaft einen bestimmten Einfluß haben werde. Die Einwohnerwehr werde bestimmt zur Tatzsache werden.

Stadtrat Friedrich schloß die Vorträge im Volkshaus während des Brandes.

Stadt. Viehmann bemerkte, daß Dr. Rudig die Anwesenheit der Polizei wegen der Volkshausung nicht besonders hervorzuheben bedürfte. Auch der Polizei sei eine Mitteilung gemacht worden, daß kommunistische Elemente beschuldigt, die Volkshausung anzuzünden. Unter der Floskel der Kommunisten lesen aber viel Leute, die keine Kommunisten sind, sondern sich unter der Floskel als Arbeiter aufspielen und dann der Reichswehr berichten. Viehmann sprach scharf gegen die Bürgerlichen. Vom Bürgerausschuß sei ihnen der Marsch gelassen worden. Er warnte sie, die Arbeiterschaft zu täuschen und zu verlocken; bei späteren Kämpfen würde das sehr unangenehm wirken. Die Angst vor dem Kommunismus bringt das Volk zum Marsch, die Verurteilungen zu brechen.

Es sprach noch die Stadt. Vollenber, Bürgermeister Nohe, Stadtrat, Staudinger, Jagen, Ritter und Vredt.

Bürgermeister Nohe betonte, für den Schaden an den Geschäftshäusern sei wirklich kein Anspruch zu erheben, aber sicher würden Wege gefunden werden, den Geschäftshäusern zu helfen.

Der Vorsitzende Seeger stellt den Vorschlag des Brigadeoffiziers über die eigenmächtige Verhängung des Belagerungszustandes fest. Der Beschluß vom Mittwoch reiche noch, auch wenn einzelne Personen an der Arbeit sind, die Beschlüsse zu sabotieren. Seeger wachte sich gegen den Vorwurf, daß seine Rede eine Parodie gewesen sei. Er habe geglaubt, mit sachlichen Argumenten gearbeitet zu haben. Bei dem Brand des Volkshauses handelt es sich um Kulturverbrechen, die sehr schwer erbet werden können. Abbau des Militärs, Freilegung des Belagerungszustandes seien die nächsten Forderungen, sonst kämen Kämpfe, die den Bürgerlichen nutzlos sein würde

den. Im Interesse der Zukunft Leipzigs müsste gefordert werden, daß mit allen notwendigen Vorarbeiten sofort begonnen wird.
 - Stadtdirektor erklärte, daß er dem Vorsteher keinen Vorwurf machen wolle. Er könne aber doch wohl nicht sagen, im Interesse aller Parteien gesprochen zu haben.
 Die Forderung der Unabhängigen hatte folgenden Antrag gestellt:
 1. Schnellste Aufhebung des Belagerungszustandes.
 2. Schaffung der Einwohnerwehr.
 3. Die Wehrkräfte vom 17. März auszuführen.
 Gegen 14 Stimmen wurde der Antrag angenommen.
 Die nächste öffentliche Sitzung findet am Mittwoch statt.

Briefkasten der Redaktion.
 R. G. u. L. 1. und 2. Die Mutter erbt die eine, die Geschwister zusammen die andere Hälfte. 3. Bei Verweigerung muß gefordert werden.

C. W. Leuschke. Nichtig sind die zur Zahlung des Mietvertrages verpflichteten, bis Kontrakt oder Räumungsjahr abgelassen ist oder eine Einigung erfolgt ist. Wir empfehlen Ihnen, das Mietvertragsamt anzurufen. — 50 Pf. für die Parteikasse.
 Scheidung. 1. Solange keine Scheidung erfolgt ist, hat der Mann für den standesgemäßen Unterhalt der Frau zu sorgen; feste Züge gibt es nicht. 2. Bei böswilligem Verlassen muß zunächst auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft geklagt werden. Erst ein Jahr später kann, wenn dem Urteile nicht Folge geleistet wird, dann Klage auf Scheidung erfolgen. Die sonstigen Scheidungsgründe finden Sie in den §§ 1504—1509 des BGB.
 M. B. 37. Der Arzt muß für Wasser sorgen, ebenso für den freien Zugang zum Keller. Eventuell können Sie für Nichtbenutzung Schadenersatz fordern oder einen angemessenen Betrag von der Miete kürzen.
 G. Z. 21, Sch. Städtische Maschinenbauhalle, Leipzig, Dächterstraße 12. — 1 Pf. für die Parteikasse.

M. B. 100. Der Mann kann sofort heiraten, die Frau erst nach zehn Monaten. Diese Wartezeit kann aber auf Ansuchen vom Amtsgericht gekürzt werden.
 R. L. Taffir sind die Bestimmungen des Versicherungsvertrages maßgebend. Am besten wenden Sie sich unter Vorlegung der Bedingungen an das Arbeitersekretariat im Volkshaus. — 1 Pf. für die Parteikasse.
 M. S. 1. Rechtsabst. Ein formeller Erlaß ist nicht ergangen. Bald nach Inkrafttreten der Reichsverfassung wurde aber in einer Regierungsvorlage die Nationalversammlung als „Reichstag“ angesprochen. Man versuchte also, sich heimlich auf Umwegen die Nationalversammlung zum Reichstag zu machen. — 1 Pf. für die Parteikasse.

Arbeiter! — werbt neue — **Volkzeitungsleiter.**

Familien-Nachrichten
 Unserm lieben Freund und alten Turngenossen **Hermann Lange und Frau** zur **SILBER-HOCHZEIT** die herzlichsten Glückwünsche
 Altersriege des Turnvereins L.-Ostvorstadt

Unsere lieben Eltern, Herrn **Hermann Lange und Frau geb. Saemisch**, zur **Silberhochzeit** die herzlichsten Glück- u. Segenswünsche.
 L.-Schönfeld, Ploßstraße 15.
Walter Otto Friedel.

Freitag, den 10. März, fiel unser Mitarbeiter, der Buchbinderlehrling **Ernst Sonntag** kurz vor Beendigung seiner Lehrzeit einem tödlichen Geschick zum Opfer.
 Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Das gesamte Personal der Firma Böttcher & Bongartz.

Turnverein Vorwärts L.-Eutritzsch
 Als Opfer der Revolution fiel am 19. März unser treuer Turngenosse **Albert Eckelt** (Ehre seinem Andenken!)
 3. u. 4. Der Turnrat.
 Die Turngenossen treffen sich zur Beerdigung Mittwoch 1/2 Uhr am Eingang zum Nordfriedhof.

Als Opfer des Blutbades am 20. März habe auch ich den Verlust meines Angestellten, den Maurer **Wilhelm Mylex** von hier zu beklagen. Ich verliere in ihm einen thätigen, treuen Arbeiter. Sein Andenken werde ich stets in Ehren halten.
 Leipzig, Antonstraße 10.
Paul Schenke, Maurermeister.

Am Sonnabend, dem 20. März, wurde unser **Turngenosse Richard Schröder** das Opfer einer planlosen Schießerei.
 Er gehörte unserem Verein seit Gründung an und war immer ein eifriger Förderer unserer Veranstaltungen.
 Sein Andenken wird stets in Ehren gehalten werden.
Turnverein Friesen, Leipzig-Dölitz.

Als harmloser Straßenpassant wurde unser Kollege der Eisenreher **Hermann Rechenbach** ein Opfer des Straßenkampfes. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.
Die Kollegenschaft der Maschinenfabrik Lentzsch & Co., Leipzig-Lindau, Agerstr.

Als Opfer der Revolution fiel am Sonntag in Halle mein lieber Mann **Erich Wendel** im Alter von 28 Jahren. Dies alles zur Nachricht. Böhlich-Ehrenberg, Weißstr. 3, d. 22. 8. 1920
Klara Wendel geb. Bierbach.
 Die Beerdigung findet Mittwoch, 24. März, nachmittags 5 Uhr, vom Friedhof Gundorf aus statt.

Am Freitag, dem 19. März, starb an den Folgen einer Verwundung, welche er auf dem Heimwege durch tödliche Kugel aus dem Hinterhalt erlitten hatte, unser Kollege **Karl Kühn** im Alter von 48 Jahren. Wir verlieren in ihm einen unserer Besten.
 Ein bleibendes Andenken ist ihm gewiß.
Verband der Gastwirtehilfen, Gastwirtehilfsverein Saxonien.
 Die Beerdigung findet Mittwoch, den 24. März, nachm. 8 1/2 Uhr, auf dem Südfriedhof statt.

Von tödlicher Kugel getroffen, fiel am Mittwoch, dem 17. März 1920, der Vater meines Kindes, mein lieber Sohn, Bruder und Schwager, der **Vater Alfred Leidenberger** infolge Brustschusses als Opfer der Revolution im blühenden Alter von nahezu 24 Jahren.
 L.-Lindenu, Flemingstraße 5, III. r.
 In tiefstem Schmerze **Bruno Leidenberger, Alfred Schmidt, Brüder und Schwestern.**
 Die Beerdigung findet Mittwoch, 1/2 Uhr, von der Kapelle des Lindener Friedhofs aus statt.

Nachruf.
 Am Freitag, dem 19. März, nachmittags, während der Straßenkämpfe, fiel aus unsern Reihen plötzlich und unerwartet unser lieber Kollege sowie Vorstandsmittglied **Alfred Werft** einer tödlichen Kugel aus dem Hinterhalt zum Opfer, als er sich weils Ausbildung von Notstandsarbeiten zum Dienste begeben wollte.
 Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Verein Telegrammbesteller Leipzigs.

Am 20. März starb nach kurzer, schwerer Krankheit unser Mitarbeiter, Herr **Karl Dörinckel.**
 Wir verlieren in ihm einen lieben Menschen und Kollegen, dem wir immer ein ehrendes Andenken bewahren werden.
Das Gesamtpersonal der Firma Dr. Th. Horn Leipzig-Grosszschocher.

Allen Bekannten und Verwandten die traurige Nachricht, daß am 22. März, nachmittags 8 Uhr, mein lieber Mann, unser guter Vater **Heinrich Heinsch** im Alter von 68 Jahren an Herzschlag sanft entschlafen ist.
 L.-Stötteritz-Weißstr. 5a, II., den 28. März 1920
Die trauernden Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung findet Donnerstag, nachm. 2 Uhr, auf dem Stötteritzer Friedhof statt.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber guter Mann, unser lieber Vater, Bruder und Schwager **Gustav Säuberlich** am 22. März im Alter von 69 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit verschieden ist.
 Leipzig, den 28. März 1920
Mario Säuberlich nebst Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 8 Uhr, von der Halle des Nordfriedhofs aus statt.

In einer neulichen Todesanzeige mußte der Name heißen: **Albert Hekelt nicht Erkelt.**
 Die Beerdigung findet Mittwoch, erst 1/4 Uhr, nicht um 8 Uhr statt.
 Die Einäscherung unseres Sohnes **Otto Dornbusch** findet Donnerstag, 1/2 Uhr, auf dem Südfriedhof statt.
 Die Beerdigung unseres Sohnes **Ernst Sonntag** findet Mittwoch, nachm. 8 Uhr, auf dem Südfriedhof statt.

Danksagung.
 Zurückgeführt vom Grabe unseres teuren Entschlafenen, des Freiheitskämpfers und Instrumentenmachers **Edwin Thiele**
 sagen wir allen unsern herzlichsten Dank. Dank den Hausbewohnern und Nachbarn, Freunden und Bekannten für die schönen Blumenpenden, Dank den Arbeitern und Arbeiterinnen der Fa. Franz Hiemlich für die Teilnahme an der Beerdigung und Kranzniederlegung am Grabe; Dank dem Arbeiter-Radsportverein Solidarität und der Freien Turnerschaft für die letzte Ehrung und Kranzniederlegung am Grabe. Dank der kommunistischen Parteigruppe Leipzig und Leipzig für die ehrenvolle Kranzpende und dem Redner für die erhebenden und tröstenden Worte am Sarge; Dank dem Arbeiter-Gesangsverein zu Leipzig für den erhebenden Gesang am Sarge und am Grabe; Dank dem Orchester für anspornendes Mitwirken bei Begräbnisse des teuren Entschlafenen; Dank dem Gartenverein Leipzig-West und Gartenverein Dabla für die ehrenvolle Teilnahme und Kranzniederlegung am Grabe; Dank den Musikern für die erhebende Trauermusik am Grabe; ferner Dank der Einwohnerschaft von Leipzig für die letzte Ehrung und Teilnahme bei der Beerdigung; Dank dem Genossen Franke für die sinn- und tröstlichen Worte am Grabe, und zuletzt noch allen mitkämpfenden Genossen und Genossinnen für die erwiehene letzte Ehrung herzlichsten Dank.
 Ihr aber, lieber Edwin, ruhen wir ein Ruhe sanft in dein viel zu frühes fähles Grab nach.
 Leipzig, den 21. März 1920.
Franz Thiele und Frau nebst Hinterbliebenen.

Dank. Für die überaus herrliche Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben Tochter, Schwester, Schwägerin, Cousine, meiner hoffnungsvollen, unvergeßlichen Braut, treuergebenden Mutter ihres Kindes **Gertrud Schumann**
 sagen wir allen Verwandten und Bekannten unsern herzlichsten Dank.
 Schladig, Fr. Deligsh, Leipzig-Sellerhausen, am 22. März 1920.
Familie Julius Schumann und Kinder Fritz Seeger als Bräutigam nebst Mutter und Geschwister.

Dank. Zurückgeführt vom Grabe unseres lieben, unvergeßlichen einzigen Sohnes und Bräutigams **Karl Kanitzky**
 sagen wir allen Verwandten, Bekannten, der Firma Simon u. Hiltel, seinen lieben Mitarbeitern und Hausbewohnern, insbesondere seiner lieben Freunden und Freundinnen, für den reichen Blumenbesuch herzlichsten Dank. Dem M.-L.-Bel.-Verein u. -Club für seinen erhebenden Gesang sowie Herrn Pastor Richter für seine tröstlichen Worte herzlichsten Dank. Dies alles hat unsern Herzen wohlgetan.
 L.-Lindenu, Kaiserstraße 65, part.
Karl Kanitzky und Frau, Loni Lindau als Braut.

Dank. Für die Beweise untrüger Teilnahme beim Scheiden unseres lieben, unvergeßlichen **Gustav Liebers**
 sagen wir allen Freunden, Verwandten und Bekannten, besonders der Freien Turnerschaft u. -West, dem Verband Volksgesundheit, der Menge Freiheit für das Tragen zur letzten Ruhe und den reichen Blumenbesuch herzlichsten Dank.
 Leipzig-Lindenu, Gemeindefamstraße 21.
Mario vorw. Liebers nebst Hinterbliebenen.

Für die diesen Beweise herrlicher Teilnahme beim plötzlichen Hinscheiden meines lieben Bräutigams, des Buchbinders **Willy Hanke**
 spreche ich auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank aus. Insbesondere sei dem Personal der Firma Th. Knauer, dem Buchbinderverband sowie dem Buchbinder-Gesangsverein aufrichtig gedankt.
Gertrud Röttger als Braut nebst allen Hinterbliebenen.

Für die liebevolle Teilnahme bei dem Begräbnisse meines lieben unvergeßlichen Gatten durch Blumenpenden und Lieder sage ich allen meinen innigsten Dank.
 Leipzig-Reudnitz, Döber Straße 9, III.
Frau Marie Bauermeister geb. Volandt.

Segen Katarhe


Haut-, Geschlechts-
 a. Harnleid, var. var. Schwäche, beh. Dr. med. Dori, nicht approb., Mitglied naturwiss. Gesellsch. Leipzig, Reudnitzstraße 5, Sprechst. von 9-2 u. 4-8 Uhr

Am 10. März wurde unser lieber Sportgenosse **Ernst Sonntag** durch Granatplitter hingerichtet.
 Wir verlieren in ihm ein braves Mitglied, dessen aufopfernde Tätigkeit seit und immer ein Vorbild sein wird.
Fußball-Abtlg. 'Sparta' des T.-V. Eiche, Leipzig.

Turnverein „Eiche“ Leipzig.
 Auch wir haben den Verlust unseres lieben Turn- u. Sportgenossen **Ernst Sonntag** bei den Kämpfen der letzten Tage zu beklagen und werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.
Der Hauptvorstand.
 Wegen der Beerdigung bitten Familienangehörige zu beachten.


 Ein Opfer der Revolution wurde unsere treue Angestellte, die Garnierer-Direktrice **Fräulein Martha Oben.**
 Wir verlieren in ihr eine äusserst pflichtgetreue, mit vornehmen Charaktereigenschaften ausgestattete Stütze unseres Betriebes. Wir werden ihr allzeit ein ehrendes Andenken bewahren.
E. Alfred Schubert & Co., Damenhutfabrik


 Durch eine heimtückische Kugel verwundet, ist ihren Verletzungen erlegen unsere liebe Kollegin und Mitarbeiterin **Fräulein Martha Oben**
 Wir bedauern unendlich ihren so tragischen Tod und bewahren ihr stets ein kameradschaftliches Andenken.
Die Angestellten der Firma E. Alfred Schubert & Co., Damenhutfabrik

